

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drehtauschiff: Tageblatt Riesa.
Verkauf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsverwaltung, der Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Buchdruckerei: Dresden 1599
Girokasse Riesa Nr. 52.

Nr. 80.

Dienstag, 4. April 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauflage, monatlich 15.— Wurz ohne Bringerlohn. Einzelnummer 80 Pf. Angelegen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorauflage zu bezahlen; eine Gewähr für das Erhalten an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preise für die 29 zum halben, 8 zum halben Grundpreis-Hälfte (6 Silber) 8.— Mark; zulässiger und nobelstilicher Satz 50%, Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 1 M. Beste Tarife. Bewilligter Rabat erlaubt, wenn der Betrag versetzt, durch Abzug eingezogen werden muss oder der Auszugsgeber in Konkurs gerät. Nachzahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Uchtäßige Unterhaltungsbeiträge „Erzähler an der Elbe“ — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Förderungseinrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlosung: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hahnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Bezeichnung der Fuhrwerke.

Es ist vielfach wahrgenommen worden, dass die Bestimmungen über die Bezeichnung der Fuhrwerke nicht allenfalls beachtet werden. Diese werden nachstehend in Erinnerung gebracht.

Nach den Verordnungen der Ministerien der Finanzen und des Innern, die Bezeichnung der Fuhrwerke betr., vom 7. September 1878 und 10. April 1890, hat jedes nicht ausschließlich zur Personenbeförderung bestimmte Fuhrwerk, einschließlich der Hundfuhrwerke, mit Ausnahme der Adlerfuhrwerke, den Namen und Wohnort oder die Firma des Eigentümers (und, falls derselbe mehrere derartige Fuhrwerke hält, überliefert noch die Nummer) in deutlicher unverwechselbarer Schrift von mindestens 5 cm Höhe auf der linken Seite des Fuhrwerkes — das Gehirre (das Rumpf) des Werdes, bei Zweiflännern sichtbar bleibt.

Hierbei wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es als den angezeigten Verordnungen nicht entsprechend angesehen ist, wenn die Tafel mit der Bezeichnung unter dem Wagen lose hängt und das der Fuhrwerkseigentümer sowohl wie auch der Besitzer für die genaue Beachtung der Vorschriften verantwortlich sind.

Der Herr Bürgermeister zu Niederduburg und die Herren Gemeindevorstände bez. Gutsvorsteher wollen die Fuhrwerksbesitzer ihrer Gemeinden bez. Bezirke auf die Beachtung der vorstehenden Bestimmung hinweisen.

Die Gendarmerie, Strafanwaltschafts- und Gemeindeorgane erhalten Veranlassung, die Durchführung der angeordneten Sanktionen zu beauftragen.

Großenhain, den 3. April 1922.

Die Amtshauptmannschaft.

Wegen Reinigung der Diensträume können
Freitag, den 7. und Sonnabend, den 8. April d. J.
bei dem Amtshauptmannschaft Riesa nur dezentrale Sachen erledigt werden.

Fortsetzung des städtischen Kartoffelverkaufs.

Bezugsscheine werden an jedem Montag, Mittwoch und Freitag von 7—12 Uhr vormittags im Rathaus, Wartezimmer, ausgeteilt. Vorausweisstafeln ist mit vorauflagen, Bezugsberechtigt sind nur die Familien, die über keine oder nur geringe Mengen Kartoffeln verfügen.

Der Rat der Stadt Riesa, am 4. April 1922.

Ar.

Ausgabe von Kartoffeln an bedürftige Kleinrentner und Arbeitsinvaliden.

Die 2. Verteilung von Kartoffeln zu verbilligtem Preise an bedürftige Kleinrentner und Arbeitsinvaliden erfolgt demnächst. Diejenigen, welche Antrag auf Verzüglichung bei dieser Kartoffelverteilung stellen, werden hiermit aufgefordert, sich bis spätestens Sonnabend, den 8. April 1922, vormittags 7—12 Uhr, im Rathaus, Zimmer Nr. 10, zu melden.

Der Rat der Stadt Riesa, am 4. April 1922.

Gkm.

Holzversteigerung.

Weißiger Staatsforstrevier. Revierteil Kleintrebnitzer Heide.

24. April 1922, vorm. 9 Uhr. Gasthof zu Steinthal.

220 m. Stämme 8/24 cm 74 m. Stämme 12/29 cm, 355 m. Derbstangen 8/15 cm, 38 cm m. Nagelknüppel, 5 m m. Brennholz, 370 cm m. Brennknüppel, 120 cm m. Astholz, Abt. 111 (Nahlschlag), 107—129 (Einzelsch.).

Kontrollrevierverwaltung Weißig a. R., 1. April 1922. Forstamt Dresden.

Völkisches und Sachsisches.

Riesa, den 4. April 1922.

* * * **Nördliches.** Der Hauptgottesdienst des letzten Sonntags stand unter dem Zeichen der Verpflichtung der Mitglieder der neuen Kirchengemeinde-Vertretung, die mit Anfang April d. J. an die Stelle des bisherigen Kirchenvorstands treten soll. Herr Pf. Luthardt in seiner Predigt darauf hin, welche Bedeutung der 1. 4. 22 für unsere Landeskirche und Kirchengemeinde durch das Inkrafttreten der neuen Kirchengemeindeordnung erhalten und wie gross die Hoffnung sei, dass durch sie die Gemeinde ihrem biblischen Vorbild näher gebracht werde. Auf Grund von Eph. 4, 11—15 geholt er das biblische Vorbild der Gemeinde, die als der Leib Christi einen lebendigen Organismus bildet, dessen einzelne Glieder je nach Kraft und Gewissheit und tätig sein möchten zum Aufbau und Ausbau des Ganzen. Als grundlegende Pflicht hob er im Anschluss an den Text den freuen und regelmässigen Besuch des Gemeindegottesdienstes und die lebendige Beteiligung an ihm mit Herz, Mund und Händen hervor, unterstrich die Wichtigkeit der im kirchlichen Leben Bewanderten, mitzuhelfen, dass die beschämende Unkenntnis und Urteilsunfähigkeit in Fragen des kirchlichen Lebens mehr und mehr überwunden werde, sodass alle Gemeindemitglieder in männlicher Selbstständigkeit mündig und tätig sein könnten und stellte über diese Pflichten als wichtigstes des Apostels Paulus' Mahnung: „Lahnt uns rechtlosen Sein in der Liebe. Wenn alle Gemeindemitglieder es treu und gewissenhaft mit diesen Pflichten nähmen, werde Jesus Christus, der Herr der Gemeinde, zu unserm Tun seinen Segen geben und helfen, das auch unsere Heimatgemeinde in der Zeit kirchlicher Neuordnung dem biblischen Vorbild mehr und mehr nahe komme.“ Nach der Predigt stellte Herr Pfarrer Friedrich der Gemeinde die Kirchengemeinde-Vertretung vor und rietete danach an, diese ein Wort der Begrüßung an der Hand von Psalm 46, 2—3: „Gott ist unsere Zuversicht und Stärke, eine Hilfe in den großen Nöten, die uns getroffen haben; darum fürchten wir uns nicht.“ Daran schloss sich die Verpflichtung mit Ja und Habschlag auf das von den Kirchgemeinde-Vertrettern abzulegende Gelöbnis. — Gestern hielt die Kirchgemeinde-Vertretung ihre erste Sitzung ab. Sie lehnte folgende Ausschüsse ein:

Innerer Ausschuss: Pf. Friedrich, Vorsteher, Buchhalter Gädler, Betriebsbeamter Große, Pf. Luthardt, Studienrat Mühlmann, Organist Scheffler, Schwester Anna Scheffler, Dr. med. Walda, Kreisprediger Bischlewang.

Bauausschuss: Stadtbaurichter Bischau, Vorsteher, Gemeindevorstand Kluge, Pfarrer Bischau, Stadtrat Räuber, Stadtrat Höhendorf, Kommerzienrat Schönböck.

Techniksausschuss: Direktor Winkler, Vorsteher, Pf. Bed. Oberleiter Börgmann, Güteschreiber Bernhardt, Kaufmann Heyne, Kaufmann Heyn.

Freihofsausschuss: Eisenbahndirektor Sorge, Vorsteher, Betriebsinspektor Franke, Eisenwerksarbeiter Krüger, Pfarrer Bischau, Organist Scheffler, Direktor Winkler, Stadtbaurichter Bischau.

Sodann wählte sie folgende Mitglieder in den Kirchenvorstand: Pf. Friedrich, Vorsteher, Eisenbahndirektor Sorge, Kellv. Vorsteher, Pf. Bed. Güteschreiber Bernhardt, Maler Fichtner, Betriebsinspektor Franke, Werkmeister Greiter, Frau Schuldirektor Bischau, Buchhalter Gädler aus Poppitz, Betriebsbeamter Große, Kaufmann Heyne, Eisenwerksarbeiter Krüger, Pfarrer Bischau, Frau Gärtnermeisterin Lehmann aus Poppitz, Frau Schneidermeisterin Bischau, Pfarrer Luthardt, Rechtsanwalt Dr. Blende, Kellv. Vorsteher Mühlmann, Maler Räuber, Stadtrat Höhendorf, Organist Scheffler, Schwester Anna Scheffler, Kommerzienrat Schönböck, Eisenbahn-Inspektor Sorge, Dr. med. Walda, Direktor Winkler, Stadtbaurichter Bischau, Kreisprediger Bischlewang.

* * * Die Teuerung in Sachsen. Die vom sächsischen statistischen Landesamt errechneten Indizes zeigen, wenn die Indizeszahl der Vorlagezeit gleich 100 gelegt wird, für Oktober 1878, November 1885, Dezember 1878, für Januar 1878 und für Februar 1887.

* * * Landwirtschaftliche Warenbörsen für Großenhain und Umgebung. Sonnabend, den 1. April 1922. Es wurden notiert (nichtamtlich): Weizen 810—820, Roggen 580—590, Hafer 590—600, Sommergerste 650—660, Mais 630, Maiskörner 660, Kleie 500, Roggen- und Weizenstroh 85—90, Hen 250—270. Die Preise verstehen sich für den Zeitraum in Mengen unter 5000 Kilogramm.

* * * Umgestaltung der Reichsverwaltung. Das Londoner Ultimatum vom Mai 1921 hat es notwendig gemacht, die bisher dem Reichsverwaltungsnachordneten Behörden mit Ausnahme der Reichsvermögensverwaltung für die befreiten rheinischen Gebiete vom 1. April 1922 ab dem Reichsfinanzministerium zu unterstellen. An der fachlichen Zuständigkeit des Reichsfinanzministeriums selbst wird hierdurch nichts geändert. Die Abteilungen Reichsvermögensverwaltung geben in den Präsidialgeschäftsstellen der Landesfinanzämter auf. An Stelle der Reichsvermögensämter treten, soweit erforderlich, Reichsbauämter. Die Reichsvermögensstellen werden aufgehoben. Die Verwaltung des reichsdeutschen Reiches wird, soweit sie bisher von örtlichen Dienststellen der Reichsvermögensverwaltung ausgeführt wurde, Finanzämtern übertragen. Für den Bezirk des Landesfinanzamtes Dresden tritt folgende Umbenennung des bisherigen Behördenaufbaues ein: Aus der bisherigen Abteilung Reichsvermögensverwaltung werden in der Präsidialgeschäftsstelle des Landesfinanzamtes zwei Gruppen gebildet, die die Bezeichnung: 1. der Präsident des Landesfinanzamtes Dresden, Gruppe Reichsvermögensverwaltung, 2. der Präsident des Landesfinanzamtes Dresden, Gruppe Reichsbauverwaltung, führen. Die Reichsvermögensämter I, II und III Dresden werden unter Abzweigung der Angelegenheiten des Bauwesens zusammengelegt und bilden für die Weiterbearbeitung der Verwaltungsgeschäfte ein selbständiges Finanzamt Dresden-Albertstadt (Reichsvermögensverwaltung). Für die Erledigung der Bauangelegenheiten werden die Reichsbauämter Dresden I und II errichtet. Die Geschäftsräume dieser drei Ämter befinden sich in Dresden-Albertstadt im Verwaltungsdienstgebäude am Königsplatz. Die Reichsvermögensstelle Heithau wird in ein selbständiges Finanzamt Heithau (Reichsvermögensverwaltung) umgewandelt. Das Reichsvermögensamt Baugen bildet für die Erledigung der Verwaltungsgeschäfte eine besondere Abteilung des Finanzamts Baugen als Hilfsstelle dieses Finanzamts (Reichsvermögensverwaltung). Die Bearbeitung der vom Reichsvermögensamt Baugen bisher erledigten Bauangelegenheiten übernimmt das zu errichtende Reichsbauamt Baugen. Alle übrigen Reichsvermögensämter bilden bei den Finanzämtern, in deren Bezirk sie ihren Sitz haben, je eine besondere Abteilung als Hilfsstellen der betreffenden Finanzämter (Reichsvermögensverwaltung).

* * * Die Maul- und Klauenpest wurde am 31. März 1922 im Freistaat Sachsen in 68 Gemeinden und 83 Gehöften gegen 89 Gemeinden und 42 Gehöften am 28. Februar 1922 amtlich festgestellt. Großenhain. Hier ist ein Fuhrwerksbesitzer durch einen unbekannten Überleitnant v. Keller von Frankfurt a. O. aufmerksam gemacht, der die Ablieferung der Pferde nach Belgien und Frankreich unter sich habe. Dieser habe anderer bereits mit guten Pferden versorgt und er könne von diesem ebenfalls Pferde kaufen. Im eldigen Augenblick kaufte der Überleitnant auf. In einem Café kaufte der Fuhrwerksbesitzer von dem Überleitnant ein Pferd, zahlte 10000 Mark an und erhielt eine Quittung mit dem Vorwurf, Kommission der Vieh- und Pferdeabfleidung an Belgien und Frankreich über diese Zahlung. Er bekam auch einen Frachtkasten und das Pferd sollte am Sonntag, 19. März, in Großenhain eintreffen. Bissher ist ein Pferd nicht eingetroffen und der Betrogene ist kein Geld los.

Dresden. Der frühere sächsische Justizminister Dr. Harnisch ist zum Landgerichtsdirektor im Landgericht Dresden ernannt worden. Dr. Harnisch trat im Januar 1919 als

Volksbeauftragter für die Justiz in die sächsische Regierung ein, der er als Justizminister ohne Unterbrechung bis zum Juni v. J. angehörte.

Döbeln. Die Eingemeindung der drei Vororte Sörnitz, Kleinbauchlitz und Neuen ist am 1. 4. erfolgt.

Mittweida. Verhaftet wurde hier ein 25-jähriger Mühlbauer aus Oberhauten. Er hatte sich nachts in ein kleines Galathaus eingeschlichen und die Federbetten gestohlen, die er in Chemnitz für billiges Geld verkaufen wollte, dabei aber noch rechtzeitig erwischen konnte.

Geyer. Ein weiteres Opfer der Zeitungskrot ist das billige „Tageblatt“ geworden. Es sieht sich gesungen, das tägliche Ereignisse einzustellen und wird in Zukunft nur noch dreimal in der Woche erscheinen.

Röbel. Wie falsch und oft zum Schaden der Bevölkerung ausgehend, die schon oft erregte Unsitte ist, das Geld zu Hause aufzutapeten, beweist wieder einmal folgender Fall: In Bettitz ist Anfang voriger Woche eingebrochen worden, und dem Dieb fiel in dem erbrochenen Wäschekrank ein Körbchen in die Hände, in dem sich für annähernd 10000 Mark rote Tempelbanknoten, meistens 100-Mark-Scheine, und für 300 Mark Silbergeld in 5-, 3- und 2-Mark-Stücken befanden.

Leipzig. Der Lokomotivführer Gustav Hüttnar stand vor der dritten Strafammer des Landgerichts wegen Fehrförderung eines Eisenbahntransports. Es handelt sich in der Strafsache um das Eisenbahnunglück auf dem Hauptbahnhof am Mittag des 11. Februar des vergangenen Jahres, bei dem die Ingenieurkugel Mader aus Wurzen getötet, zwölf Personen schwer und 37 andere leicht verletzt wurden. Der Materialschaden war sehr bedeutend. Das Gericht hat den Angeklagten Hüttnar für schuldig befunden. Als er seinen Zug in Borsdorf übernahm, wurde er darauf aufmerksam gemacht, dass die Dampfdruckbremse nicht richtig funktionierte. Trotzdem hat er seine Geschwindigkeit nicht entsprechend vermindert, er ist sogar mit 47 Stundenkilometern, anstatt mit den vorschriftsmässigen 35 Kilometern in den Bahnhof eingefahren. Er in der Mitte der Halle hat er die ihm noch zur Verfügung stehenden Bremsvorrichtungen, wie die Schnellbremse und den Sandstreuer in Tätigkeit gesetzt, dagegen unterlassen, das Rotsignal zu geben, wodurch die Schaffner veranlasst worden wären, die Wagenbremsen anzuziehen. Der Angeklagte Hüttnar wurde zu 2 Monaten 2 Wochen Gefängnis verurteilt, welche Strafe auf Grund des Gesetzes vom 21. Dezember 1921 in 6000 Mark Geldstrafe umgewandelt wurde.

Leipzig. Ein Überziebedieb, der sich seit etwa einem Jahre, seiner Entlassung aus dem Gefängnis, seinen ziemlich kostspieligen Lebensunterhalt nur durch den Verkauf von gestohlenen Uhren, Paletots, Hüten und der in den Überziehtaschen gefundenen Gegenstände erwirtschaftet hat, ist in einer kleinen Wirtschaft festgenommen worden. In Leipzig sind ihm gegen 20 Paletotdiebstähle, die er in den bekanntesten Kaffeestäuben verübt hat, nachgewiesen worden. In der Hauptstrecke, die er über Berlin unternommen hat. Dort, wo er unter dem Namen Paletotbarry unter seinesgleichen bekannt ist, hat er seiner Angabe nach mindestens 50 Paletots und Pelze (es könnten auch 100 sein) gestohlen.

Mühlberg. Am Sonntag wurde von Fischer ein männlicher unbekannter Leichnam unterhalb Röbel aus der Elbe ans Land gebracht. Der Tote trug vollen Bart und schwarzen Jackenzug, außerdem gute schwarze Schürze und graue Strümpfe. Jedenfalls ist es ein jüngeres Mann aus besserem Stande gewesen.

Die kommenden Arbeitsgerichte.

An die Stelle der Gewerbegegerichte und der Kaufmannsgerichte will ein neues Gesetz, dessen Referentenentwurf jetzt vorliegt, einheitliche Arbeitsgerichte setzen. Das Streben nach einer solchen Vereinheitlichung der Rechtsprechung für die Streitfragen des Arbeitsgerichts ist alt. Der jetzige Gesetzentwurf überträgt den Arbeitsgerichten alle Einschreibefreiheiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, ohne Rücksicht auf die Höhe des Arbeitsverdienstes. Die Arbeitsgerichte werden den ordentlichen Gerichten angegliedert und unterscheiden sich von diesen nur dadurch, dass die Bevölkerung aus den Reihen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gewählte Paläste sind. Auch die Verurteilungen werden durch beratige Paläste entschieden, indem den Landgerichten Verbandsarbeitsgerichte angegliedert werden. Oberste Instanz ist das

Reichsgerichtsgericht, das einen Bündenrat des Reichsgerichts bilden und aus fünf Rechtsgerichtsräten, sowie je einem Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter zusammengesetzt sein soll.

Sehr heftig umstritten ist die Frage der Vertretung der Parteien durch Rechtsanwälte. Der Referentenentwurf will sie nur bei größeren Streitfällen zulassen und legt hierfür vorläufig eine Grenze von 1500 Mark für den Wert des Streitgegenstandes. Dagegen haben die Gewerkschaftsvertreter in den Vorempfehlungen, die im Reichsministerium über den Referentenentwurf stattgefunden haben, überhaupt den Ausschluß der Rechtsanwälte verlangt, und zwar mit der Begründung, daß aus dem Manual der Angehörigen des Anwaltsstandes an sozialem Empfinden den Arbeitnehmern Schaden erwachsen würde. Dagegen haben die Arbeitgeber die unbegrenzte Zulassung der Rechtsanwälten in sämtlichen Instanzen verlangt, mit der Begründung, daß schon jetzt an den Gewerbegerichten die Hilfe des Anwalts von den Parteien vielfach in Anspruch genommen werde, wodurch das Bedürfnis nach einer solchen rechtskundigen Beratung nachgewiesen sei. Ebenso haben die Vertreter des Anwaltsstandes unbegrenzte Zulassung der Rechtsanwälte zu den Arbeitsgerichten in allen Instanzen gefordert und darauf hingewiesen, daß das gerade im Interesse der Arbeitnehmer liege, weil durch die Ausdehnung der Zuständigkeitsgrenze die Arbeitsgerichte eine ganz andere wirtschaftliche Bedeutung gewinnen würden als die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Das Reichsministerium steht auf dem Standpunkt, daß im Interesse der Vereinigung des Verfahrens in der ersten Instanz der Arbeitsgerichte Rechtsanwälte ausgeschlossen bleiben sollten. Das lezte Wort in diesem Streit der Meinungen wird der Reichstag zu sagen haben.

Wenn das Arbeitsgerichtsgesetz Annahme findet, so werden damit die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte verschwinden, die sich große Verdienste um die soziale Gestaltung der Rechtsprechung in Arbeitsstreitigkeiten erworben haben. Die neuen Arbeitsgerichte werden sich von ihnen grundsätzlich abweichen, da sie keine Sondergerichte sind. Man erhofft von der Wissenswertigkeit der Vorschriften in den Arbeitsgerichten, daß sie durch die gemeinsamen Aussprachen und Verhandlungen mit ihnen auch die juristisch vorgebildeten Richter eine größere Kenntnis in wirtschaftlichen und sozialen Fragen des Prozesses erwerben, und daß auf diese Weise die Vorwürfe wegen der Weltfremdheit der Richter allmählich verworfen werden. Der kürzlich verstorbene Herausgeber des "Sozialen Prozesses" Prof. Francke hat bereits bei der Vorberatung über die Schaffung einheitlicher Arbeitsgerichte der Meinung Ausdruck gegeben, daß durch diese eine Befreiung der Rechtsprechung vom Formalismus und ihrer Durchdringung mit sozialem Verständnis erzielt werden würde. Dabei sind die neuen Arbeitsgerichte, die eine enge Verbindung zwischen den ordentlichen Gerichten und den praktischen Vorschriften schaffen sollen, als ein wichtiger Schritt zu einer fröhlichen Reform unserer so vielbach, und leider nicht immer mit Unrecht kritisierten Rechtsprechung zu begrüßen.

Neuere Nachrichten und Telegramme

vom 4. April 1922.

Neue Ministerzusammenkunft in Berlin.

○ München. Der Minister des Innern Dr. Schweyer hat sich gestern nach Berlin begeben, wo die Minister des Innern der Länder neuerliche Befreiungen über die Polizeiakte des Generals Rötel haben werden.

Tiebstahl im Berliner Tiergarten.

○ Berlin. Aus dem Tiergarten wurde in der vergangenen Nacht von einem Denkmal eine Knobelsfigur aus Bronze gestohlen, deren Wert 20000 bis 30000 Mark beträgt.

Overnaußführungen.

○ Berlin. Die erste Aufführung der vieraktigen Oper Franz Schrekers "Der Schaggräber", die der Komponist aus einem spannenden, mit reichem dramatischen Leben erfüllten Textbuch aufgebaut hat, brachte gestern der Staatsdirigent und der erfprobte Künstlercharakter, die sich seines Werks auf der Szene und im Orchester annahm, einen vollen Erfolg, der sich in zahlreichen ungewöhnlich lebhaften Bevorruhen nach allen Richtungen ausdrückte. Am Dirigentenpult saß der Generalmusikdirektor Leo Blech. Die Hauptrollen, die Wirtstochter Els, der Sänger Els und der Narr, waren bei Frau Vera Schwarz, Robert Huit und Waldemar Henke in den besten Händen. Auch der König Karl Braun stand in erster Reihe. Die prächtigen

Brauns Stoffarben,

millionenfach bewährt! Verlangt stets die echte Worte "Brauns". Es gibt nichts gerade so Gutes. In allen einschlägigen Geschäften zu haben.

Tann von Schöllenbach.

Ein Börsenroman von Barr-Munkel.

28)

(Nachdruck verboten)

Ungfähr zwei Kilometer oberhalb der Minen singen die Ilse an höher zu werden, und auf beiden Seiten waren prachtvolle Waldungen. Als sie die Spitze des Deltas erreicht hatten, fanden sie, daß der Strom selbst grade nach Norden weiterfloss, während ein Seitenarm ähnlich demjenigen, der an den Goldfeldern vorbeilief, nach Südwesten durch die Wälder abzweigte. Dieser südwestliche Arm war der kleinste der drei Wasserläufe, daher ließen sie ihn unbraucht und folgten dem Lauf des Hauptstroms, bis sie eine Enge erreichten, wo westlich von ihnen Hügel sichtbar wurden, die dem östlichen Höhengzug gegenüberlagen.

"Hier werden wir voraussichtlich unser Hauptquartier ausschlagen," sagte Tann. "Wir werden später hierher zurückkehren, aber zunächst will ich den Kanal an der Mündung des Flusses untersuchen!"

Zu Kellers großem Erstaunen entdeckten sie, daß der Hauptstrom so weit nördlich floss, daß der Dampfer die See erreichen konnte, ohne im geringsten befürchten zu müssen, von den Goldfeldern aus gefangen werden zu können. Der Graf lachte, sobald diese Tatsache festgestellt war, und klippte Keller auf die Schulter.

"Wo ist jetzt Ihre Halle, mein Junge?" rief er. "Sie würden sich ein gut Teile Sorge gemacht haben, wenn Sie die Formation des Landes gesehen hätten."

"Trotzdem," entgegnete der junge Ingenieur, "können sie diesen Kanal mit schwimmenden Minen blockieren, sobald sie ihn entdecken!"

"Das könnten sie auch mit der Elbmündung tun, aber sie werden es sicherlich nicht. Ein Ingenieur sollte nur mit Wahrscheinlichkeiten rechnen, Peter! Über jetzt wollen wir unterscheiden, unter verschiedenem Tälichen aussuchen und an dessen östlichen Ufer anlegen. Wenn wir dann von unseren Feinden entdeckt werden sollen, so bleibt uns noch ein anderer Flussweg offen."

Bühnenbilder wären das Werk von Emil Wirschen. Die Vorstellung war eine der eindrucksvollsten Neuauflösungen, die die Staatsoper seit langer Zeit heraufgebracht hat.

Tagung des internationalen Arbeitsbüros.

○ Rom. Die Vertreter der Regierungen, der Arbeitgeber und der Arbeitgeber, die Mitglieder des Verwaltungsrates des internationalen Arbeitsbüros sind, der morgen seine 12. Sitzung eröffnen wird, sind sämtlich hier eingetroffen. Um Vorabend der Sitzung des Verwaltungsrates hat die italienische Regierung vor der von der internationalen Washingtoner Arbeitskonferenz angenommenen Vertragsentwürfe ratifiziert. Es sind dies die Verträge über die Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Förderung ihrer Folgen, über das Verbot der Nacharbeit für Frauen in der Industrie, über das Mindestalter für die Zulassung von Kindern zu industriellen Arbeiten und über das Verbot der Nacharbeit für Jugendliche.

Eine neue Note der Reparationskommission.

○ Paris. (Agence Havas.) Die Reparationskommission veröffentlichte folgende Note: Die Reparationskommission hat von den Verträgen des Art. 4, Kap. 4 (Kohle) des deutsch-französischen Abkommen, das in Wiesbaden am 7. Oktober unterzeichnet worden ist, Kenntnis genommen. Sie hat beschlossen:

1. Die Kommission kann einem Abkommen zwischen einer der alliierten und der deutschen Regierung nicht ihre Zustimmung geben, daß die Wirkung hätte, ihre Vollmachten einzuschränken, wie sie im Vertrag festgelegt sind.

2. Die Kommission erkennt an, daß ihr der Vertrag von Versailles nur dann das Recht gibt, die Ausübung von Kohle aus Deutschland zu verbieten, wenn nach der Schätzung der Kommission die Mengen, die Deutschland liefern, hinter den Vorberichten des alliierten Regierungen auf Grund der §§ 2, 3, 4 und 5, Art. 4, Teil 8, des Vertrages zurückzuleben.

3. Die Kommission verzichtet auf ihr Recht eines Ausfuhrverbots für die Dauer der gegenwärtig schon genehmigten Programme und auf jedes Ausfuhrverbot, das sie für die Welt erlassen hat. Dieser Verzicht wird unter den im Art. 4, Kap. 4, des Abkommen von Wiesbaden geschafft und unter folgenden weiteren Vorbehalt geschränkt: a) Vorbehalt der belgischen Delegierten bei der 16. Sitzung der Kommission (hierüber wird in der Meldung Näheres nicht gesagt), b) Abberufung des eben erwähnten § 5 nach Überblick wird in der Meldung Näheres nicht gesagt), c) Nachfolgende Worte werden dem § 5 Absatz des Art. 4 am Schlusshinzugefügt: „und daß die Kommission keine anderen Empfänger bestimmen würde.“

4. Die Kommission kann gegenwärtig ihr Recht, ein Ausfuhrverbot zu erlassen, wie es im § 2 angeführt ist, nicht aufnehmen, für eine längere Zeitdauer als die gegenwärtig genehmigten Programme. Sie nimmt jedoch Kenntnis von dem deutsch-französischen Abkommen und den Erklärungen der belgischen und italienischen Delegierten in der 27. Sitzung und von der Erklärung, die der britische Bevollmächtigte im Namen seiner Regierung wie folgt abgab: Großbritannien will nicht irgendwelche Mittel auf Grund des Vertrages benennen, um im eigenen Interesse die freie Ausfuhr von Kohle, die Deutschland erzeugt, von dort zu verhindern, behält sich jedoch das Recht vor, durch Vermittlung ihrer Bevollmächtigten jedes gerechtfertigte Ausfuhrverbot zu unterstützen, das eine Belastung, die auf Kohlenlieferungen auf Grund des Vertrages Anspruch hat, bei der Reparationskommission zur Befriedigung ihrer Rechte des antritt.

5. Die Reparationskommission will von Deutschland nicht eine besondere Verteilung verlangen, die der deutschen Kohlenausfuhr im freien Verkehr entgeht, so lange die von ihr verlangten Bezahlungen physisch geleistet werden. Sie behält sich jedoch das Recht vor, durch die Bezahlung einer Forderung, die sie in der Meldung Näheres nicht gesagt, die Bezahlung zu verlangen in dem Maße, wo ihr eine derartige Maßnahme angebracht erscheint.

Das Vertragsabkommen für Polnac.

○ Paris. Die von der Kammer angenommenen Tagesordnung lautet: Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung. Sie vertraut darauf, daß die Regierung auf der Genève-Konferenz die Rechte und Interessen Frankreichs wahrt unter den Bedingungen und mit Hilfe der Garantien, die im Memorandum der französischen Regierung vorgesehen sind. Die Kammer lehnt jeden Zusatz ab und geht zur Tagesordnung über. Diese Tagesordnung wurde schließlich durch Handaufheben angenommen. (Siehe auch in der Beilage.)

Die Rede Lloyd Georges.

(Siehe Beilage.)

○ London. Lloyd George sagte in seiner Rede noch: Wenn wir die Sätze unseres internationalen Handels prüfen, so sehen wir, daß er im vergangenen Jahr nur 50 Prozent des Kriegsverlustes aufweist. Der internationale Handel Deutschlands ist auf 25 Prozent gesunken; der französische beträgt 60 bis 70 Prozent, was aber nur auf die Tatsache zurückzuführen ist, daß die Ausfuhr

aus dem Westen, Brüderungen mit dem Westen des Deutschen Reichs kommt. England ist ungefähr 30 Prozent mehr am internationalen Handel interessiert als alle anderen Länder. Das Problem der Wiederherstellung des internationalen Handels ist also eine lebenswichtige Frage für das britische Volk. — Weder Rückland noch Lloyd George noch: Man spricht bedenklich von den großen Kriegen in Rückland, und darauf vorbereiten sollen, Europa zu überfallen, und dort russische Zustände herzuführen. Rückland ist heute ein unerlässliches Gebiet. Rückland kann nicht sagen, was dort vorgeht. Wenn aber den Kaufleuten Gelegenheit gegeben wird, nach Rückland zu gehen, so werden sie sich darüber werben, wie es dort aussieht. Wenn die Gerüchte begründet sind, so werden sie nicht dort bleiben. Diese Gerüchte stellen eine Entschuldigung dar. Rechtfertigung für die Existenz von großen Heeren in anderen Ländern hat. Die Stärke dieser Heere wird niemals herabgesetzt werden, so lange in Europa kein Friede herrscht. Wie lange die Probleme Rückland ab. Die Sowjet-Regierung muss nicht nur ihren guten Willen beweisen, sondern auch zeigen, daß sie die Extremisten, die gegen die neue Wirtschaftspolitik sind, fest in der Hand hat. Was den Vorschlag betrifft, man sollte worten, bis die Sowjet-Regierung verschwunden sei, so kann sich die Welt dies nicht leisten; denn niemand kann das Datum angeben, und auf der anderen Seite weiß man nicht, ob man auch bei einer neuen Regierung in Rückland nicht auf größere Schwierigkeiten stoßen würde als bei der vergangenen. Vielleicht würde die neue Regierung schlimmer sein als die frühere; sie würde vielleicht ganz Europa in Brand stecken.

Das Schluß der Rede Lloyd Georges brachte der Arbeitsschreiber Clones einen Antrag der Arbeitervertretung ein, in dem der Regierung das Vertrauen verweigert wird. — Auch war infolge der Erklärung das Vertrauen verweigert, sich an der heutigen Debatte zu beteiligen.

Zugeschichte.

Deutsches Reich.

Der Arbeitsschreiber. Zu dem großen Kampf bezüglich Metallarbeiter in Süddeutschland schreibt die "Freiheit": u. a.: Bei diesem Kampfe handelt es sich um die Verlängerung des Wochenarbeitszeit von 48 auf 44 Stunden, also um die Durchsetzung des sogenannten vollen Arbeitstages. Das Blatt meint, daß der Kampf des Unternehmers gegen den Arbeitstag mit voller Heftigkeit recht dann eingeschlagen werden, wenn alle Arbeitnehmer als die aktionsfähigen Arbeitssaiten bezeichnet sind, denn so lange noch Tarifvereinbarungen abgeschlossen sind, die kürzere Arbeitstage zulassen, geben die Arbeitgeber die Möglichkeit einer solchen kürzeren Arbeitstage selbst an und liefern nach den Ausführungen der "Freiheit" damit selbst ein Argument für eine kürze Arbeitstage. Es sei jedoch ihr Bedenken, dieses Argument zu bestreiten, um dann den Kampf für eine Verlängerung der Arbeitzeit über acht Stunden hinaus auf der ganzen Linie aufnehmen zu können. Der Kampf der Metallarbeiter in Süddeutschland ist daher von entscheidender Bedeutung für die Lösung der behaupteten Arbeitszeitfrage für die Zukunft. Auch dehne sich der Streik weiter und weiter aus. Nachdem Bayern und Württemberg sich bereits im Rückland befinden, greift die Bewegung nunmehr auch auf Baden über. Auch dort habe ein in Karlsruhe tagendes Sozialgericht einen Spruch gefällt, der einen Teil der geforderten Lohnforderungen bestätigt, zugleich aber die Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 44 Stunden von heute ab vorschreibt. Der Sozialgericht entspricht also in allen Punkten dem Verlangen der Industriellen in Bayern und Württemberg. Die "Freiheit" vermutet daher ein plausibles Vorzeichen des gesamten Unternehmens in der Metallindustrie. Eine breite Front geschulter Gewerkschafter steht im Kampfe. Die auf Verlängerung der Arbeitzeit gerichtete Tendenz sei nicht nur bei den Unternehmern, sondern, wie das Blatt behauptet, in gleich starkem Maße auch bei den im Dienste des Reichsarbeitsministeriums stehenden Beamten und Vertrauensbeamten lebendig. Das Blatt nimmt daher Gelegenheit, einen Angriff gegen das Schlichtungsweise zu richten. Die Befragte in Süddeutschland willkt, so schreibt die "Freiheit", wie eine lege Warnung an die Arbeiterschaft, nicht auf die Vermeidung dieser Schlichtungsordnung zu richten, sondern die uneingehandlungte Freiheit ihrer Bewegung unter allen Umständen zu erhalten.

Der Rückbau der bayerischen Großwasserkräfte. Da zu Anfang des Jahres 1921 in Alttengesellschaften umgewandelten Unternehmungen für den Ausbau der bayerischen Großwasserkräfte und die Verteilung der anfallenden Energiemengen (Walchensee, mittlere Isar, Bayernerwörth) die Kosten

Wasser liefern kann, und ich rate Ihnen, diesem als Gegenstand den Vorzug vor dem Champagner zu geben, von dem ich Ihnen eine Röse hinausgeschickt habe. Ferner werde ich, um Ihnen meine Sparmaßnahmen zu beweisen und Ihrem Herzen eine Freude zu bereiten, meine Forstleute in die angrenzenden Wälder schicken, um Brennholz zu schlagen, das wir, solange wir auf Ort und Stelle sind, zum Heizen verwenden wollen. Ich habe mich nämlich mit meinem ersten Maschinisten beraten und werde mit seiner Einwilligung die Bunker meiner Jacht mit dem besten Brennholz füllen, das sich aufstellen läßt. Ich werde mich nicht weiter um Ihre Rückstation kümmern, bis der Rajah in Sicht kommt. Aber während meine Forstleute mit Säge und Axt beschäftigt sind, die Kohlenbunker zu füllen, werde ich mit Angel und Gewehr für unsere Speisefässer sorgen, und hierbei sollen mich meine Jäger unterstützen, um sich ihr Gehalt ehrlich zu verdienen."

Und es stellt sich heraus, daß die Gegend sehr wildreich war, auch mancher prachtvolles Fisch wurde gefangen.

"Ach," rief Tann nach einer besonders guten Mahlzeit mit Wildbret und Fischen, "die Friedrichstraße ist doch eine recht alte Gasse im Vergleich zu den hierigen, und wenn nur die Postverbindungen ein klein wenig besser wären, dann bliebe nichts mehr zu wünschen! Ich muß doch wirklich dem Kugler einen Brief schreiben, um mich über die Nachlässigkeit unserer Regierung zu beschweren. Ich habe beinahe ganz vergessen, wie ein Briefträger aussieht; aber ich glaube, wenn erst unser drahtloser Telegraphie in Gang ist, nach unserer Heimkehr dem Signor Marconi recht wertvolle Fingerzeige geben zu können."

Der "Rajah" hatte nach der Berechnung Kellers bereits drei Tage Verzögerung, als er ihn eines schönen Morgens, langsam gegen die Straßen anlämpfend, den Paramakabu herankommen sah. Die Nachricht wurde sofort an den Grafen hinübertelegraphiert, der sie jedoch nicht erhielt, da er gerade jagen gegangen war.

(Fortsetzung folgt)

um 2. April in Witten die Generalversammlung für das erste Geschäftsjahr ab. Aus dem Geschäftsbericht ist zu ersehen, daß der Baufortschritt bei den drei Unternehmen trotz der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse ein durchaus befriedigender ist. Es ist damit zu rechnen, daß die Werke zu den vorgegebenen Zeitpunkten, d. i. bei dem Walchenseewerk und beim Papierwerk im Jahre 1928 und bei der mittleren Faser im Frühjahr 1924, den Betrieb aufnehmen werden. Es kann bereits heute mit einem vollständigen Abschluß der von den Wallerkrattunternehmungen erwarteten Ereignisse gerechnet werden.

Am der geplanten Hauptversammlung der Wallerkratt-Unternehmungen wurde beschlossen, die Freiheitsgemeinschaft aufzulösen, die beiden Vorliegenden Menne und Schärfelwerdt, durch deren unverantwortliche Tadeln der Eisenbahnenkampf hervorgerufen wurde, nicht mehr in ihren Räumen zu lassen. Unterstellt würde die Freiheitsgemeinschaft sich gänzlich leben, aus der Freiheitsgemeinschaft auszutreten.

Der Präsident des Deutschen Gastwirtverbandes gestorben. Am Abend des 2. April ist in seiner Wohnung in Berlin-Westen der Präsident des Deutschen Gastwirtverbandes Adolf Kuhn im Alter von 68 Jahren an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben. Präsident Kuhn wurde 1917 auf dem Deutschen Gastwirtstag in Köln einstimmig zum Präsidenten des Deutschen Gastwirtverbandes gewählt. Herr Kuhn gehörte dem Vorläufigen Fleischwirtschaftskreis an.

Das Gut der Betriebsverwaltung der Post wurden vom Hauptamtshaus des Reichstages von den Gruppen I bis XII 500 Stellen als künftig wegfallend bezeichnet. Die gleiche Zahl Stellen wurde auch bei den Gebietsgruppen VII und VIII so bezeichnet, während bei den Gruppen II bis VI insgesamt 5000 Stellen als künftig wegfallend bezeichnet wurden.

Schulkreis in Spandau. Die evangelische Elternschaft Spandaus ist gestern vormittag in den Streik getreten. Veranlassung gab die Neuerteilung der Spandauer Schulbezirke, wodurch zwei weltliche und eine katholische Schule in Gebäuden untergebracht werden sollen, die sonst als evangelische Gemeindeschulen Verwendung gefunden haben. In der 2. Gemeindeschule erschienen gestern morgen von etwa 800 Schülern nur 80, sodass der Unterricht ausfiel.

Die französischen Absichten auf das Ruhrgebiet. Die Anstrengungen der französischen Verbündeten auf das Ruhrgebiet neigen sich. In den von den Franzosen besetzten Teilen des Ruhrgebietes werden Verstärkungen der Besatzungstruppen erwartet. In verschiedenen Orten, besonders in der Umgebung von Koblenz wird ihr aus Frankreich kommende Truppenteile Quartier gemacht. In Duisburg sind in den letzten Tagen neue belgische Truppen eingetroffen. Die Rheinlandskommission wird in den nächsten Tagen verschärzte Bestimmungen über den Verkehr zwischen dem bestreiten und dem unbesetzten Gebiete erlassen. — Die sich mehrenden Nachrichten und bedrohlichen Anzeichen über französische Vorbereitungen zu einem Einmarsch in das Ruhrgebiet haben außerordentliche Erregung hervorgerufen. In Arbeiterkreisen des Ruhrgebietes wird viel davon gesprochen, einen französischen Einmarsch mit der sofortigen Durchführung des Generalstreites zu beantworten.

Nordost eines Besatzungssoldaten. Wie das „Kölner Tageblatt“ meldet, wurde der Bahnunternehmer Küster in Wabe von einem französischen Soldaten erschossen. Küster lag in einer Wirtschaft, als französische Soldaten hereinliefen und von dem Wirt Schnaps verlangten. Darauf machte Küster, der über französische Sprachkenntnis verfügte, die Franzosen darauf aufmerksam, daß der Wirt sich durch die Abgabe von Schnaps an Besatzungstruppen strafbar machen werde. Ohne weiteren Vorwurf wurde dann Küster beim Herausgehen von einem französischen Soldaten durch einen Stein ins Herz getötet. Der Tormordete, der als äußerst frischfertiger Mensch geschildert wird, hinterließ eine Frau und sieben Kinder.

Bergarbeiterförderungen. Aus Dortmund wird und geschrieben: Die Bergarbeiterverbände haben den Tarif geändert, sie verlangen höhere, der Tenerierung angemessene Löhne. Das Problem gestaltet sich schwierig, da eine weitere Kohlenförderung mit Rücksicht auf unser Wirtschaftsleben vermieden werden muss. Der Effektivtarif der Ruhrbergarbeiter betrug im Gemidurtschift im Jahre 1914 6,05 Mark, im März 1922 aber 14,45 Mark. Da aber die Förderung pro Mann und Schicht von 800 Kilogramm im Jahre 1914 auf 680 Kilogramm im Jahre 1922 zurückgegangen ist, so hat der Lohn pro Tonne Förderung sich von 7,01 Mark auf 25,47 Mark erhöht. Es könnte eine Lohnaussteuerung ohne Kohlenfördererhöhung erfolgen, wenn die Bergleute sich bereit fänden, eine halbe Stunde als Überzeit zu arbeiten. Die Förderung würde dann erheblich steigen, ohne daß die Generalkosten steigen. Der so erzielte Mehrerlös könnte den Knappen zugewendet werden, dazu erhielten sie die Bezahlung für die Überzeit. Angeknüpft unerfreulicher großer Kohlennot, die unser Wirtschaftsleben hemmt und das Leben der ganzen Nation erschwert, sollten die Bergarbeiter einsatzwillig genug sein, den Weg zu beschreiten, der ihnen und dem Volke dienlich wäre. Von kommunistischer Seite aber wird gewahlt, um Stimmung für einen Bergarbeiterstreik zu machen, das Vorhabe, was in der gegenwärtigen Situation im Ruhrgebiet passieren könnte. Man darf aber hoffen, daß unsere Bergleute nicht auf den moskauwischen Leim gehen.

Ruhrland.

Der 11. Sovjetkongress hat in seiner Sitzung vom 28. März folgende Resolution gefaßt: Der Kongress billigt die politische organisatorische Linie des zentralen Exekutivkomitees, da diese die Einheit der Partei sicherstellt. Der Kongress steht fest, daß mit den bisherigen Maßnahmen das

Entscheidungswissen gegen das Kriegskapital erzielt ist. Hauptaufgabe nach der nunmehrigen Beendigung des Friedens ist eine Umgewölbung der Parteikräfte. Die Partei bedarfte bis allgemeine Übung und Richtung, die Politik ist dafür abgesegnet davon. Die Parteorganisationen wirken für die Beratung und Beschlusstafelung über die wirtschaftlichen Fragen. Das Zentralkomitee muß Organ zur Ausarbeitung der Gesetzesgebung für den Wiederaufbau der Landwirtschaft, Industrie und Finanzen werden und ist dazu instrumentalis an langwährenden Sitzungen zusammen. Die Tätigkeit der Volkskommissare ist zu verstärken, um höheres Parteidienste von den Fragen rein sozialistischen Charakters zu entlasten.

Erfolge der Note Nemez vor Gladimostok. Die Note Nemez meldet neue Erfolge in der Richtung auf Gladimostok längs der Ussuriabahn. Die Japaner verhalten sich neutral und entwaffnen die in ihr Besitzungsgebiet überziehenden Truppen. Mit den baldigen Belegung Gladimostoks durch die Note Nemez wird gerechnet.

Die Antwort auf die alliierten Waffenstillstands-Vorschläge. „Times“ meldet aus Konstantinopel, daß die Note den Alliierten Oberkommissaren ihre Antwort auf die alliierten Vorschläge übermittelt habe. Obgleich viele Vorbehalte an den territorialen Bedingungen gemacht worden seien, könne die Note als Annahme der Bedingungen angelehnt werden. Die Haltung der nationalistischen Regierung steht noch nicht fest. Die anatolische Presse bedauert jedoch bei ihrer feindlichen Stellungnahme.

Der Koblenz-Kreis. „Daily Telegraph“ meldet, daß in den Vereinigten Staaten jetzt über eine halbe Million Koblenz-Kreisler kreisen. Der tägliche Verlust der Koblenz-Kreisler werde auf 1%, Millionen Tonnen gesetzt, der Verlust an Lönen für die Bergarbeiter betrage täglich 600000 Pfund Sterling.

Sport.

Fußball: VW. — Torgauer Sportfreunde 0:2 (0:1). Vor zahlreicher Zuschauermenge ließen sich beide Mannschaften einen schönen fairen Kampf, bei dem die bessere Mannschaft siegte. VW. mit Erfolg für Torgauer Spieler sehr geschickt. Beim Sturm vermochte man den Torschluß-Gleichverhältnis 0:0 für VW. VW. 2. — Lichtensee 1, leichte nicht angetreten. VW. 3. — Sp. Nürnberg 2:4. Die 1. Elf des Nürnberger Sportvereins spielte am Sonntag mit Erfolg und nur 10 Mann gegen die ebenfalls mit Erfolg antretende 1. des VW. Leistung in Leipzig und gewann 2:0. Nürnberg 2. — Sp. Riesa 3:4:0. Nürnberg 1. Tab. — Nürnberg 1. Tab. 0:1. — Der Gaumeister über 5000 und 1500 Meter Schmidt, Nürnberg, startete am Sonntag in Dresden zur deutschen Waldlaufmeisterschaft und ging, trotz starker Konkurrenz bei 64 Teilnehmern, hinter dem vorjährigen Meister Schröder als 14. durchs Ziel.

Rudererfaßt nach Schandau. Der Sächsische Regatta-verein hatte für Sonnabend und Sonntag Einladungen zur zweiten Rudererfaßt nach Schandau an die deutschböhmischen und die ihm angeschlossenen sächsischen Vereine ergehen lassen. Im Kurhaus traf man sich am Sonnabend zur offiziellen Begrüßungsfeier. Der große Saal, reich geschmückt mit Flaggen und Wimpeln, und die Nebenzimmer vermauerten die Besucher kaum zu lassen, waren doch rund 500 Ruderer, zum Teil mit ihren Damen, erschienen. Da schon die Damen des Dresdner Damen-Ruderclubs neben den Angehörigen der drei Dresdner Vereine (Ruderverein, Ruderclub, Rudergesellschaft), die Mitglieder des Carolus-Tetischen, des Ruder- und Rudervereins Ruffa, des Aufliger Ruderclubs und der Germania-Lettnerich neben den Herren und Damen aus der Wohlth. aus Laubegast, Meißen, Riesa und den Angehörigen des Vereins Falldorf-Fahrt Dresden, zu denen sich als jüngstes Glied des Regattavereins der Schandauer Ruderverein gesellte. Sie alle begrüßte der Vorsitzende Curt Wendisch. Mit herzlichen, oft von lautem Beifall unterbrochenen Worten wendete er sich an die deutschböhmischen Sportkameraden. In deren Namen dankte Doktor Hall, der Vorsitzende des Landesverbandes der deutschen Rudervereine in der Tschechoslowakei. Auch er stellte das Aufzähmengenbörteigefühl in den Mittelpunkt seiner Rede. Im weiteren Verlauf des Abends wurde der VW. Schandau vom Vorsitzenden des VW. Wendisch aus der Taufe gehoben. Einem besonderen Genuß bot der Vorsitzende des Deutschen Wanderruderverbandes Maal (Berlin) den Erlesenen durch seinen Vortrag über die vorjährige Wanderausfahrt des Deutschen Ruder-Verbandes: Trier-Aachen-Köln. Der Sonntag vereinte die Teilnehmer zu einem gemeinsamen Spaziergang nach der Ostrauer Schwebe, an den sich eine Kaffeetafel im Forsthaus anschloß. Damit hatte die Fahrt ihr Ende erreicht.

Oligoentzündliche Volksbelehrung. Der Reichsausschuß für oligoentzündliche Volksbelehrung teilt mit, daß nunmehr auch in Lübeck, Mecklenburg-Strelitz, Schleswig-Holstein und Hessen sich Landesausschüsse für oligoentzündliche Volksbelehrung gebildet haben.

Germischtes.

Große Schiebungen aufgedeckt. Aus Dresden wird berichtet, daß bei der oberösterreichischen Reichswirtschaftsstelle große Schiebungen aufgedeckt wurden, bei denen es sich um 75 Millionen handelt. Angeklagte Dantener Kaufleute wurden bereits verhaftet.

400 000 Mark geraubt. Drei bewaffnete Banditen drangen am Sonnabend in die Wohnung eines Kaufmanns in Katowitz, zwangen diesen zur Herausgabe des Geldes

und räumten etwa 400 000 Mark in deutsches Gold und 40 Kilogramm Silber.

Gallimann überzeugt. In Moabit begann ein mit Spannung erwarteter Haftentlassungsprozeß. Auf der Anklagebank nahmen 15 Berliner Plak, die 1920 und 1921 falsche Banknoten in sehr großen Massen in Umlauf gebracht haben sollen.

Dummerrungen freie. In der Nähe des Vereinsbüros einer Vereinschule eines Schrein einen Zugang, legten in Böhlendorf drei junge Burschen in der Nacht zum Sonntag an der Außenwand eines Soales Schreinbaus, durch deren Explosions ein benachbartes Bürogebäude beschädigt und über 100 Fensterscheiben zertrümmert wurden. Zahlreiche Personen wurden durch Glasplitter verletzt. Die Täter wurden verhaftet.

Bei dem Brande der Automobilfabrik Krefeld Karlsruhe in Weißensee, durch den das Gebäude, das auf die Umfassungsmauern vernichtet wurde, sind 15 Automobile und sämtliche Werkzeugmaschinen zerstört worden.

Ein deutscher Arzt an Fleischbus gestorben. Der Arzt des Deutschen Krankenhauses in Tiflis Dr. Metzweiler ist an Fleischbus gestorben. Die Leitung des Krankenhauses übernahm bis auf weiteres Dr. Mann.

Urteil im Düsseldorfer Halschmanker- Prozeß. Nach 14-tägiger Verhandlung wurde gestern mittag gegen 40 Angeklagte in dem großen Halschmanker-Prozeß in Düsseldorf das Urteil verkündet. Der Hauptangeklagte Glassen wurde unter Einbeziehung der bereits in Köln schuldigen Haftstrafe von 8 Jahren zu einer Gesamtkarre von 18 Jahren Haftstrafe und 10 Jahren Ehrenverlust verurteilt. 27 Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von 8 Jahren bis 9 Monaten; mit Ausnahme von zweien wurden alle die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt. 12 Angeklagte wurden freigesprochen.

Todesstrafe für Schieber und Bucherer. Der Bürgerbund des Ostseebades Ahlbeck beschloß im Verein mit der dortigen Haushaltserorganisation die nachstehende Eingabe an den Reichskanzler: „Sie im Kurhaus zahlreich versammelte Bürgerheit des Seebades Ahlbeck bitten dem Herrn Reichskanzler, unter dem Druck der immer unerträglicher werdenden Teuerung endlich einmal energische Maßregeln gegen Bucher- und Schieberatum ertheilen zu wollen. Unbedingt wird gefordert: 1. Todesstrafe gegen alle, die irgendwelche im Vaterland verschlechterlichen Lebensmittel ins Ausland verschicken; 2. Todesstrafe gegen alle, die landwirtschaftliche Erzeugnisse auf-

Schachtblattpreise
auf dem Viehhof zu Dresden, Montag, am 3. April 1922.
Preise für 50 kg in Mark.

Tierart und Bezeichnung		Stück	Mark
L. Kühe: A. Ochsen (Mastriß 141 Stück)			
1. Vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren		2300-2400	4300-4330
2. Junge, fleischige, nicht ausgemästete — ältere ausgemästete		2100-2200	4050-4200
3. Mögl. gendrige junge — gut gendrige ältere		1800-2000	3350-3450
4. Gering gendrige seben Küsse		1400-1600	3300-3330
B. Kühe (Mastriß 214 Stück)			
1. Vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes		2800-2400	3975-4100
2. Vollfleischige jüngere		2100-2200	3325-3375
3. Mögl. gendrige jüngere und gut gendrige ältere		1800-2000	3475-3525
4. Gering gendrige Küsse		1400-1600	3125-3425
C. Kalben und Kühe (Mastriß 380 Stück)			
1. Vollfleischige, ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwertes		2900-3400	4200-4250
2. Vollfleischige ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren		2100-2200	4050-4200
3. Kücke ausgemästete Kühe und Kalben		1800-2000	3350-3450
4. Gut gendrige Kühe und mögl. gendrige Kalben		1500-1700	3600-3800
5. Mögl. und gering gendrige Kühe und gering gendrige Kalben		1000-1400	2350-2500
D. Rinder (Mastriß 581 Stück)			
1. Gering gendrige Jungvieh im Alter von 3 Monaten bis zu 1 Jahr			
II. Küller (Mastriß 581 Stück)			
1. Doppellender			
2. Beste Mast- und Saugküller		2200-2300	3350-3700
3. Mittlere Mast- und Saugküller		2000-2100	3350-3475
4. Geringere Küller		1600-1900	2925-3250
III. Schafe (Mastriß 370 Stück)			
1. Westkümmel und jüngere Westkümmel		2000-2100	4000-4150
2. Westkümmel		1700-1900	3800-4000
3. Mögl. gendrige Kümmel und Schafe (Bierschafe)		1000-1400	2650-3000
IV. Schweine (Mastriß 1540 Stück)			
1. Vollfleischige, bei feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1½ Jahr		2900-3000	3725-3850
2. Mittlere		3000-3100	3750-3850
3. Kleinfleischige		2800-2900	3500-3700
4. Gering entwickelte		2800-2500	3800-3850
5. Schwein und Cervi		2500-2800	3350-3500

Ausnahmepreise über Rotz. Tendenz des Marktes: Rinder und Schafe mittel, Schweine langsam.

au dichterliche Darstellung übt eine Menge von Seelenkräften, die das Alltägliche sonst ganz verflümmern ließe. So erhält die Tragödie im Menschen Gefühlssinn lebendig, die in unterm bürgerlichen Dasein nie in die Errscheinung treten. Auch die Kunst, die keineswegs bloß das Ohr beschäftigt, wenn sie auch den Gehörsinn an einer außerordentlichen Empfindlichkeit schärfst, rüttelt das ganze Seelis Leben auf, hölt es frisch und wach. Auf diese Weise bringt die Kunst erst den Menschen zu einer Höchststeigerung seines Daseins, spendet ihm Leben in reinster Form, und zwar nicht nur in seelischer, sondern auch in körperlicher Belebung. Wie schwer der Mensch die Verkümmерung des Kunstsinnes empfindet, dafür haben wir ein wichtiges Beispiel in dem Bekanntniß Darwin's, und es ist interessant, daß gerade dieser Biologe die biologische Bedeutung des Künstlichen so klar erkannte. Darwin sagt darüber, daß er jede Freude an der Dichtung verloren habe, weil er infolge seiner wissenschaftlichen Arbeiten die Nutzung des Künstlichen vernachlässigte. „Wenn ich mein Leben noch mal von vorne anfangen müßte,“ schrieb er, „so würde ich es mit zur Regel machen, wenigstens einmal in der Woche etwas Dichtung zu lesen und Musik zu hören; denn so würden mir die nunmehr außer Gebrauch gekommen Hirnräume durch die Nutzung erhalten geblieben sein.“ Der Mangel dieser Freuden ist ein Mangel an Glück, der für den Intellekt und infolge der Entkräftigung des emotionalen Teils unserer Natur für den städtischen Charakter noch mehr von Nachteil sein kann.“ Die Kunst ist also die Krone, die dem Menschen die Fähigkeit gibt, ganz Mensch zu sein, ihm die „Totalität“ seines Wesens verleiht, von der bereits Schiller als dem höchsten Geiste des Menschen sprach.

Kunst als Arznei.

Doch die Kunst den Geist erfreut und anregt, ist ja eine allgemeine Wahrheit, daß darauf nicht erst hingewiesen zu werden braucht. Die Kunst ist aber nicht nur für die Ausbildung und die Harmonie unserer feinen Kräfte unentbehrlich, sie ist auch für unser körperliches Wohlbefinden notwendig und eine Kräfte, die unser gesamten Organismus gesund hält. Diese biologische Bedeutung des Kunstgenusses deutet in ganz neuer und eigenartiger Weise Richard Müller-Greifensee in seiner bedeutenden „Physiologie der Kunst“, deren erster vollständig umgearbeiteter Band soeben in zweiter Ausgabe bei B. G. Teubner in Leipzig erschienen ist. Der Gesundheitswert des künstlerischen Geniehanges hält sich und im Bewußtsein als ein Lustgefühl dar; ein Lustgefühl tritt aber über

Mitzen oder verlaufen, bevor sie gesucht sind; 3. Schaltung eines Gesetzes, das alle Verkehrsbürokraten verpflichtet, die Namen der ihnen durch den Dienstbetrieb bekannt werdenen Schieber den maßgebenden zu melden. Wenn sich die Regierung weiter so machtlos und schaudernd gegen diese Schandtaten und Freidreher zeigt, die unsere armen Volksschichten in den Hungertod hetzen, so muss das Volk in seiner Verzweiflung zur Verteilung greifen.

Gilt anstatt Medizin. Der in Weimar anlässlich Major a. D. v. Rettberg litt seit langer Zeit an einer Krankheit, die er durch den Gebrauch von Chloralhydrat

zu milben gezaubert. Dieses Mittel hatte der Patient verständnislos abgelehnt, bis ihm eines Tages verständnislos statt Chloralhydrat Chlorbarium verkauft wurde. Nach dem Genuss dieses gefährlichen Präparates stellten sich sofort schwere Krankschreibereinheiten ein, denen v. Rettberg am nächsten Tage nach schwerem Todesschlag erlag. Dieser Vorfall hatte eine Anklage gegen vier Angeklagte der kleinen Löwenapotheke wegen fahrlässiger Tötung zur Folge, die jetzt das Landgericht Weimar beschäftigte. Die zur Hauptverhandlung geladenen medizinischen Sachverständigen haben festgestellt, dass der Tod durch Vergiftung

mit Chlorbarium hervorgerufen worden war. Die Anklage wurde gleichzeitig von einem Fall schwerwiegender Napralässtose, indessen mußte festgestellt werden, welcher der Angeklagten die Verantwortung hierfür zu tragen hat. Die Beweisaufnahme spätigte sich schließlich dahin zu, daß wurde ihre Wirkung als Aufsichtsbeamte in ordentlicher Weise verlebt zu haben. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf je acht Monate Gefängnis. Nach langer Beratung kam jedoch der Gerichtshof mangels genügender Beweise zur Freisprechung aller Angeklagten.

Verloren
v. Sonnab. 1. M. v. Bettiner
Hof. Baulichstr. Goethestr.
Bismarckstr. Schlesienstr.
eine braune, gerippte

Altenfischje.
Da nicht Eigentum, gegen
hohe Belohnung in der
Polizeiwache bitte abtau-

Möbel. Zimmer
für sofort gesucht.
Öfferten unter Z N 8687
an das Tageblatt Riesa.

Sauberer möbl. Zimmer
von Herren zu mieten ge-
sucht. Angebote an Kun-
stgal. Richter, Goethestr. 38.

Bett. möbl. Zimmer
mit Mittagsstisch sofort
gesucht. Off. unt. Z N 8685
an das Tageblatt Riesa.

Antiquitätenherr (Tischler)

sucht Schlaftisch

ob. möbl. Zimmer, off. unt.
Z N 8683 an Tageblatt Riesa.

Zusche meine Wohnung
Stube, Kammer u. Küche,
in Döpzig mit ebensofoder
zu tauschen. Off. u. Z N 8684
an das Tageblatt Riesa.

35000 Mark

auch geteilt, sind auf gute
Dopstelle auszuweichen.

Öfferten unter Z N 8692
an das Tageblatt Riesa.

15-20000 Mark
auf sichere Hypothek bei
5% Zinsen zu verleihen.

Öfferten unter Z N 8690
an das Tageblatt Riesa.

Wer nimmt 9 Mon. alten

Knaben

in gute Pflege?

Zu erf. im Tageblatt Riesa.

Ostermädchen

bei bobem Lohn und
guter Kost gesucht.

Fran. Märtha Bauer,
Schlossau, Bf. Schles.

Junges Mädchen
ev. kräftig. Ostermädchen
zu leichtem häusl. Arbeitens
gesucht, ev. a. nur tagsüber.

Fran. Gertr. Illing,
Wettinerstr. 25.

Zuberl. Auswartung

für Tag gesucht

Bismarckstr. 38, 1.

Ein kräftiges, junges,
nicht schulpflichtiges

Haussmädchen

sucht per 15. 4. ob. inalter
Bruno Schneider,
Bismarckstr. 59.

Haussmädchen

nicht unt. 16 Jhr., in gut,
Haush. nach ausw., Lohn
200 M., gesucht. Zu melden,
bei Frau Dir. Weinhauer,
Schlachthof, 1. Stock.

Zusche per 15. April ob.
samt. ein tüchtiges, außerl.

Haussmädchen.

Fran. Munkelt,
Wettinerstraße 31.

Ein Haussmädchen

bei bobem Lohn und unter
Behandlung wird sofort gesucht.

Fran. Hilma Ahnhe,
Lommegasse,
Döbelner Straße 14.

Gelernte Verkäuferin

sucht vor sofort Stellung.
Öfferten unter Z N 8686
an das Tageblatt Riesa.

**Vernende
Verkäuferin**

gesucht.
Kaufhaus Morgenstern.

Zusche krebsame, fleißige

Verkäuferin

nicht unter 22 Jahren, für
bie. Warenengeschäft. Auch solche, welche noch
nicht in Stellung waren ob. in and. Branche tätig
sind, sind Verküpfung.

Öfferten unter Z N 8691
an das Tageblatt Riesa.

Weitere alleinsteh. Frau
zur Führung ein. einfachen
Haushalt sofort gesucht.

Öfferten unter Z N 8689
an das Tageblatt Riesa.

Einen unverheiratenen

1. Anecht

(Gefreimaster) sucht

Ältererin. Röderau,

Bereinsnachrichten

Allg. Turnu. Riesa. Mittwoch Versammlung i. R. Spielvereinigung. Heute abend Jugendzusammen-
kunft. Donnerstag Vorstandssitzung. Freitag
Spielergesellschaft.

Orpheus. Morgen Mittwoch 8.30 abends Jahres-
versammlung im Vereinsl. Hotel Göbner.
Tagesordn.: Jahresbericht, Kassenbericht, Neu-
wahl, Jahresprogramm. Sonstiges. Hierau werden alle Mitglieder herzlich eingeladen.
Die Herren Vorstandsmitglieder werden gebeten,
sich bereits 4.8 Uhr einzufinden.

C. E. Oster. von 1908. Riesa. Morgen Mittwoch,
5. 4., abends 8 Uhr Hauptversammlung in
"Stadt Dresden". Unentschuldigtes Fern-
bleiben wird laut Statuten bestraft.

R. d. S. (M. A.). Donnerstag, 6. April, Hand-
arbeitsabend Gast. Rödler.

Militärverein "Artillerie, Pioniere und Train".
Donnerstag, 6. dls., 8 Uhr abends Monatsver-
sammlung im Kronprinz.

Guth.-Adolf.-Frauenverein. Donnerstag bei Mö-
bius mit Vortrag des Herrn Studentenrat Schu-
mann: "Die deutsche Frau in der Vergangenheit".

Sporthaus 18. Rücksicht e. B. Freitag, d. 7. 4.

8 Uhr Monatsversammlung (Gasthof, kleiner Saal).

Die wichtige Tagesordnung erfordert

das Erscheinen sämtlicher Mitglieder.

Chorverein. Achtung! Probe Donnerstag, 6. April,
8 Uhr kleiner Stern-Saal. Patronats- und

unterstützende Mitglieder, sowie alle singenden
Mitglieder, auch mit Angehörigen, willkommen.
Lieberschen mitbringen. Mitteilungen, das leite
bezüg. das nächste Konzert betr.

Geflügelglückwunsch!

Rasche Hilfe! Doppelte Hilfe.
Jeder Geschlechtskrank verlangt im ersten
Interesse ausführ. belebende Broschüre über
Harnsteinsekrete Dr. Dammann Hoffmeier gegen
Harnsteinleiden (Ausfluss u. verallt. gegen
Syphilis, auch ohne Einschränkung, ohne Salvarsan,
Quicksilber und sonstige Gifte, unauffällige An-
wendung, keine Beschädigung, Wundheilung,
sensibilisierung, kein Schaden für den Körper u. bei jedem
Krampfzusammenfall, schnelle Heilung, be-
queme Anwendung. Zustand bestreiten ohne
je Verpflichtung ist verschl. Brief ohne Absender
rec. 4 Mr. (auch Herkun. f. Doppelbel.-Partz.,
Dr. med. H. Seemann G.m.b.H. Sommerfeld 141
Box. Frankfort 3). Lange Jahre bewährt. Zusatz-
mittel. Duschbeschreibung, persönliche Unterweisung,
Beratung u. Behandlung nur in den Sprechzimmern
der Dr. Dammann'schen Heilanstalten:
Berlin, Putzleinsdörfer 1238, 9-12, 4-7, Sonst. 10-12,
Breslau, Großherzogstr. 41, 9-11, 5-8, Sonst. 1-12,
Dresden, Theresienstr. 5, 10-1, 6-8, Sonst. 1-12.
Zusendg. der Broschüren erfolgt nur ab Sommerfeld.

Zimpfen Knochen
Papier Metalle
kauf weiter zu höchstem Tagespreis
Hotel Kronprinz.

Nur für verheiratete Damen,

die sich ihrer Hausfrauenpflichten wegen
nicht um moderne Kleidung kümmern
können. Ist es noch ein Geheimnis, daß
der Mensch ohne viel Mühe sein ganz
und jene Kleider kann: durch regelmäßige
Waschungen mit Bob-Gesell-
Handschleife! Dieses beliebte Waschungsge-
schäft der Kreisstadt befiehlt alle Eltern
und Mütter, keine zarte Fröhigkeit
bedeutet und erleichtert die Haut und macht
sie trotz Alters und Alltagshand-
lungsmittel und Jugendfreit. Bob-Gesell-
Handschleife ist überall erhältlich.

Für die vielen Glückwünsche und Ge-
schchen entzündlich unserer Silberhochzeit
 danken hierdurch herzlich.

Mehltheuer, März 1922.

Max Grobberg und Frau

Milda geb. Sachse.

Für die überaus wohltuenden Be-
weise herzlicher Teilnahme durch Wort,
Schrift und schönen Blumenstrauß beim
Heimgehen unserer lieben unvergesslichen
Mutter, Frau

Anna verw. Hennig

sagen wir allen nur hierdurch

innigsten Dank.

Riesa, 4. April 1922.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Sonntag abend 1/10 Uhr verschied
unerwartet mein lieber Mann, unser guter Vater

Silvester Sznurkowski.

Im lieben Web

Geselle Sznurkowski und Kinder.

Riesa, 4. April 1922.

Beerdigung findet Donnerstag 2 Uhr statt.

Preiserhöhung.

Durch den hohen Preisaufschlag
der Brauereien sind wir ge-
zwungen, ab Mittwoch, den
5. April, die Preise folgender-
mäßen zu erhöhen:

Helles Bier M. 5.- pro Glas

dunkles Bier M. 6.- pro Glas

Gastwirtschaften Riesa und Umg.

Restaur. Bürgergarten.

Deute und morgen

großes Schlachtfest.

Kirchennachrichten.

Größ. Donnerstag abends 8 Uhr Bibelstunde in
der Kirchschule (Venedig).

1/2 Bd. Nebster-Tafel 20 M. Babusofstr. 8a.

Versteigerung.

Freitag, 7. April, von vorm. 1/10 Uhr an,
kommen durch Unterzeichner wegen Geschäftsauf-
gabe in der früheren Löwenkaserne (Exzerzierhaus)
folgende gebrauchte Gegenstände zur freiwilligen
Versteigerung, als: 2 Holzstühle, 2 Sofas, Schränke,
Tische, Untertische, Stühle, Bänke, 2 Weckeruhrmaschinen,
2 Handwagen, Nordflaschen, Fässer, Bilder, neue
Riesa, Klöckner. 11. Paul Jähnig
Auktionator und Taxator.

Meister Herr sucht Stel-
lung auf mittl. Gut als

Wirtschafter.

Zu erf. im Tagebl. Riesa.

Zittermittel - Geschäft

ob. a. Gewerb eines solchen

Teilhaber gesucht.

Angebote unter Z N 8688a
an das Tageblatt Riesa.

Schäferhund

1/2 Jahr, zu verkaufen.
Zu erf. im Tagebl. Riesa.

Junge Gänse

find zu verkaufen
Gansia Nr. 33.

Ein harter Vänter
zu verkaufen
Weida, Berogasse 12.

Sportwagen zu ver-

Zu erf. im Tagebl. Riesa.

Gebr. Herrenrad
mit doppelt. Überzierung
zu kaufen gesucht.

Öfferten unter Z N 8694
an das Tageblatt Riesa.

Guterhalt. Damenrad

preiswert zu verkaufen.
Zu erf. im Tagebl. Riesa.

1 Stück, 1 Sommeranzug
für 10 bis 12 Jahr ver-

Biomedarstr. 61, 3. r.

Der Osten in Bewegung.

Die russische Delegation für Genua, an ihrer Spitze der Botschaftsminister für auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, außer ihm aber noch so bedeutende Köpfe wie Litwinow, Krasin und Joffe enthaltend, ist am Sonnabend in Berlin eingetroffen, und steht seitdem im Zentrum des politischen Lebens der Hauptstadt. Die russischen Herren sind vom Reichskanzler und vom Außenminister empfangen worden, man hat ihnen ein Frühstück gegeben, an dem außer den Vertretern der deutschen politischen Behörden auch Vertreter von Reichs- und Unions- und verschiedene bedeutende Verbündete aus Handel, Industrie und Finanz teilnahmen. Und man hat schließlich den epochalen Charakter dieser ersten direkten Bibliannahme mit den russischen Kommissaren noch dadurch unterstrichen, daß man an diesem Tage die Russische Botschaft in Berlin, deren Eigentumsvorbehalt bislang immer als unsicher betrachtet worden waren, der Sowjet-Regierung offiziell übergab, sodass die ständige Sowjet-Beratung in Berlin, an die vierhundert Köpfe stark, aus ihren bisherigen engen Räumen jetzt nach den Linden, in die Nähe der übrigen Großmacht-Botschaften überziehen kann.

Der Vorgang mutet fast wie eine nochmalige, heimliche Anerkennung der von Deutschland schon seit Jahren anerkannten Sowjet-Regierung an, und er trifft insoweit merkwürdig mit einem anderen Ereignis zusammen, das ebenfalls die Anerkennung Russlands zum Objekte hat. In Riga stand nämlich dieser Tage die Vertreter der Randstaaten mit Vertretern Sowjet-Russlands zu einer Beratung über die Konferenz von Genua und über spezifisch östliche Angelegenheiten zusammengetreten, und diese Beratungen wurden mit einem Protokoll abgeschlossen, dessen dritter Punkt folgendermaßen lautet:

"Die Delegierten Estlands, Lettlands und Polens halten es für angebracht, im Hinblick auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau Osteuropas die Regierung von Sowjet-Russland rechtlich anzuerkennen."

Das ist zwar noch kein definitiver Regierungsschluß, sondern nur ein Beschluss der Delegierten, der von den Regierungen noch anerkannt werden muss. Immerhin aber ist nicht anzunehmen, daß die Beratungen der Rigaer Vertreter ohne Vorwissen und Billigung ihrer Regierungen geführt worden seien, und da zu diesen Vertretern auch eine Rolle gehörte, nämlich der Rigaer Gelände Joffe, so muß man sich fragen, welche Bedeutung dieser Beschluss innerhalb des Systems der gesamtpolnischen Politik und innerhalb der bisher zu verbindenden französisch-polnischen diplomatischen Gemeinschaft einnehme. Denn da es erstaunlich ist, daß Frankreich der Anerkennung Sowjet-Russlands scharf widerstrebt, muß man fast an eine Abwendung Polens von dieser französischen Politik glauben oder mindestens als einen Versuch Polens, sich für alle Fälle auch den Weg für eine von Frankreich emanzipierte Politik zu öffnen.

Es gäbe schon einige Gründe für eine solche Haltung Polens. Es ist vor allem die Genuer Konferenz selbst, die Frankreichs und Polens Interessen unter Umständen in einem Gegensatz bringen können. Frankreich wünscht die Genuer Konferenz offenbarlich zu sabotieren. Polen in seinen Wirtschaftsgebieten andererseits mag stark interessiert daran sein, daß es in Genua zu irgendwelchen durchgreifenden Hilfeleistungen für Mitteleuropa und damit für es selbst wichtig kommt. Sollte der Fall, daß diese gegenständlichen Interessen vielleicht zu einer Dissonanz zwischen Paris und Warschau führen sollten, scheint sich die polnische Regierung eine Rückzugslinie schaffen zu wollen, und diese Rückzugslinie wäre der Übergang zu einer Politik der Gemeinschaft derjenigen Staaten, die man als die Besiegten bezeichnen kann.

Sind die Verhandlungen in Riga und die Verhandlungen und Empfänge in Berlin ein Anzeichen dafür, daß ein solcher Block der Besiegten sich zu bilden beginnt, ein Block, der von Moskau nach Berlin und von Berlin nach Konstantinopel reicht und der tatsächlich den ganzen Osten Europas und die nördlichen Staaten dieses ungünstlichen Erdteiles umfaßt? Die Ereignisse sind allgemein in Fluss, als daß eine endgültige Antwort möglich wäre, und es handelt sich erstaunlich auch nur um Lastversuche, um das Unspinnen von Möglichkeiten, aber noch nicht um feste Accompli. Immerhin: Der Osten ist in Bewegung geraten und man wird seine Wege aufmerksam verfolgen müssen.

Die russische Delegation in Berlin.

Den Berliner Blättern zufolge wurden die russischen Delegierten für Genua Tschitscherin, Litwinow und Joffe vom Reichskanzler empfangen. Mittags waren sie Gäste des Außenministers Rathenau. Bei beiden Anlässen bot sich Gelegenheit zu einer allgemeinen Aussprache über politische Fragen. Auch das Projekt des deutsch-russischen Handelsvertrages wurde dem B. L. zufolge kurz angeschnitten. Wie der "Vokalangeler" mitteilt, stattete gestern abend Krasin nach seiner Ankunft in Berlin der Reichsregierung einen Besuch ab und fuhr dann zu der Sowjetmission, wo eine Besprechung der gesamten russischen Delegation für Genua stattfand. Der Reichskanzler wird am Mittwoch abend Berlin verlassen und fahrt nach kurzem Aufenthalt in Frankfurt a. M., wo er die Messe zu besuchen gedenkt, und in Freiburg nach Genua reisen. Am Sonnabend wird die deutsche Delegation unter Führung Rathenau nach Genua reisen.

In Übereinstimmung mit einem Beschuß des Reichskabinetts hat der Minister des Auswärtigen Dr. Rathenau der Berliner Sowjetvertretung das russische Botschaftsgebäude Unter den Linden wieder zur Verfügung gestellt. Die Modalitäten der Übergabe, insbesondere die Wiederherstellung unserer Botschaft in Petersburg, sowie die Unterbringung unserer Vertretung in Moskau werden zwischen der hierigen Sowjetvertretung und dem Auswärtigen Amt geregelt werden.

Die Konferenz in Riga.

Die polnische Telegraphen-Agentur meldet aus Riga: Die Delegationen der polnischen, estnischen, lettischen und sowjet-russischen Regierungen haben auf der in Riga am 29. und 30. März abgehaltenen Konferenz folgendes Protokoll unterzeichnet: Nach Erklärung der Fragen a) der Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens in Mitteleuropa, b) der Erneuerung der Handelsbeziehungen zwischen den auf der Konferenz vertretenen Staaten, c) der Sicherung des Friedens in Mitteleuropa, konstatiert die Delegationskonferenz: zu a) Die estnische, lettische, polnische und sowjet-russische Delegation sind nach Erklärung der gemeinsamen Interessen übereingekommen, daß es angezeigt wäre, die Tätigkeit der Vertreter dieser Staaten auf der internationalen Konferenz in Genua zu koordinieren. Nach Beratungen über die Grundzüge der Politik des Wiederaufbaus und der wirtschaftlichen Selbstständigkeit der vertretenen Staaten und nach einer Aussprache über die Notwendigkeit, die finanziellen Kredite für die Erneuerung des wirtschaftlichen Lebens in Mitteleuropa zu verwenden, sprachen die Vertreter die Ansicht aus, daß alle diese Staaten den Grundsatz des freien Abschlusses finanzieller und wirtschaftlicher Verträge mit den einzelnen

Die Rede Lloyd Georges.

Aus London wird gemeldet: Lloyd George hat gestern in dem bis auf den letzten Platz besetzten Unterhaus seine mit großer Spannung erwartete große Rede über die Politik der britischen Regierung auf der Genuer Konferenz gehalten. Beim Betreten des Saals wurden dem Premierminister, der sehr wohl auftrat, von seinen Anhängern begeisterte Kundgebungen entgegnet. Die Rede Lloyd Georges, der die Opposition mit scharfem Sarkasmus behandelt und seine Politik mit großem Ernst und Nachdruck vertrat, wurde vom Haus mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt und nur ab zu bei ironischen Bemerkungen des Ministers an die Adresse seiner Gegner mit Gelächter unterbrochen. Sie trug Lloyd George lebhafte Beifall ein.

Lloyd George erklärte, der Vertrauensantrag sei fast derselbe wie der vor der Washingtoner Konferenz eingebracht. Im Gegensatz zu Zeitungsnotizen habe das Kabinett den Antrag in der Hoffnung, in der er ihn eingebracht habe, genehmigt. Wenn der Antrag abgelehnt werden sollte, so müsse eine andere Abordnung Großbritanniens in Genua vertreten. Die Konferenz sei einberufen worden, um die Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas zu erörtern, das bis zu einem nie dagewesenen Umfang verortet sei. Große Rüstungen seien im Angriff. Die schon mit Steuern überburdeten Völker hätten noch weitere Lasten zu tragen, um die Gefahren, die man fürchtet, abzuwehren. Genua sei dazu bestimmt, die beste Art der Wiederherstellung der Ordnung und der Hebung des Wohlstandes zu prüfen. Seit der Konferenz von Cannes hätten kleinere neue Beschränkungen hinfällig den Aufgaben der Genuerer Verbandlungen Platz geräumt. Eine Versammlung wie die in Genua sei nicht geeignet, bestehende Verträge einer Revision zu unterziehen, auch dann nicht, wenn eine solche wünschenswert sei. Unweigerlich hätten die durch die Verträge vorgenommenen Grenzänderungen neue wirtschaftliche Schwierigkeiten hervorgerufen. Lloyd George behauptet, die Reparationen hätten eine wirtschaftliche Desorganisation verursacht. Die Schwierigkeit der Zone sei der Tatsache zuzuschreiben, daß Frankreich und Belgien zerstört worden seien. Wenn der Vertrag geändert würde, so würden die Lasten von Deutschland auf Frankreich und Belgien verschoben werden. Frankreich kann auf das Recht einer Entschädigung entsprechend dem Vertrag nicht verzichten. Diese Fragen können dem Urikel einer Konferenz, auf der Deutschland, Österreich, Ungarn, Rusland und die Neutralen vertreten sind, nicht unterbreitet werden. Lloyd George führt fort: Die Wirtschaftslage Europas sei besonders berücksichtigt worden.

1. durch die Frage der neuen Grenzen,
2. durch das Reparationsproblem.

Er nehm nicht an, daß irgend ein Mitglied des Hauses wünsche, daß Elsaß-Lothringen Deutschland zurückgegeben werde oder daß Polen wieder in Stücke zerrissen werde oder daß der Tschechoslowakei oder Jugoslawien ihre Unabhängigkeit genommen würde. Unbestreitbar hätten die Grenzveränderungen neue Komplikationen geschaffen. Die Kon-

ferenzen des Völkerbundes hätten beträchtliche Ergebnisse gezeitigt, wenn sie auch nicht alles erreicht hätten, was sie erreichen sollten. Wir müssen Geduld, Beharrlichkeit und Festigkeit zeigen. Wenn durch eine Konferenz ein Fortschritt auf dem Wege zur Lösung der bestehenden Schwierigkeiten gemacht werde, so habe die Konferenz ihren Berechtigungs-nachweis erbracht. Er verleihe nicht, weshalb die Urteile verurteilt gegen die Konferenz sei, da sie doch selbst durch Konferenzen groß geworden sei. Die Welt ist so zuschlagen, daß ihre Heilung langsam vorstatten gehen wird. Diese große Versammlung ist nötig, weil Europa durch den Krieg von Atlantischen Ocean bis zum Ural in Trümmern liegt.

Lloyd George erklärte weiter, eine der wesentlichen Probleme sei die Wiederherstellung des internationalem Handels. Die Tatsache, daß dieser niedergeschlagen sei, berührte Großbritannien ganz besonders. Eine der ersten Aufgaben, die in Genua in Angriff genommen werden müssten, sei die Wiederherstellung der Wettbewerbe. Vor allem aber sei wesentlich, daß ein wirklicher Friede unter den Nationen wieder hergestellt werde. Zur russischen Frage übergehend, erklärte Lloyd George, Deutschland könne nicht die vollen Reparationsforderungen zahlen, bevor Rusland wieder vertreten sei. Auch Rusland könne nicht sofort bezahlen – niemand erwarte dies; aber es müsse seine Verpflichtungen anerkennen. Es müsse sich verpflichten, keinerlei aggressive Handlung gegen die Grenzen seiner Nachbarn zu unternehmen. Wenn unter gewissen Bedingungen der Friede mit Rusland zustande kommen sollte, so werde dieser dem Unterhaus zur Ratifizierung unterbreitet werden. Dies würde keine weitere Anerkennung der russischen Regierung bedeuten, bis das Unterhaus seine Genehmigung dazu erteilt habe. Es sei nicht Sache der britischen Regierung, der Genuerer Konferenz zu dienen. Wenn das Unterhaus die Ratifizierung vollzogen habe, könne keinerlei Veränderung in der Vertretung oder der diplomatischen Anerkennung der russischen Regierung Platz greifen. Im Falle der Ratifizierung würde das Verfahren dasselbe sein, wie es im Falle Deutschlands nach Unterzeichnung des Friedensvertrages befolgt worden sei. Dies würden Bedingungen sein, die die britische Delegation in Genua unterbreiten werde. Lloyd George schloß: Wir haben bis jetzt unser Bestes getan, um mit Frankreich in gleichem Schritt zu gehen. In der Behandlung Russlands haben wir alle vernünftigen Bedenken gegen Leute, die alle Gefühle verlegt haben, in Bezug gezozen. Wir schlagen diese Maßnahmen vor, da das englische Volk sie fordert und Europa sie braucht.

Ein Vertrauensvotum wurde mit 372 gegen 94 Stimmen angenommen. Die unabkömmligen Liberalen, die Mitglieder der Arbeiterpartei und einige Unionisten stimmten dagegen. Das Vertrauensvotum hatte folgenden Wortlaut:

"Das Unterhaus stimmt den vom Oberen Ententerat in Cannes angenommenen Entscheidungen zu. Diese Entscheidungen gelten als Grundlage für die Konferenz von Genua. Das Unterhaus unterstützt die englische Regierung in deren Anstrengungen, um diesen Genuener Verhandlungen neue Komplikationen zu verhindern."

Staaten oder Finanzgruppen oder Privatfinanziers unterstützen sollen.

Die Warschauer Blätter geben das Protokoll der Rigaer Konferenz wieder. "Rzecznodowodny" hebt ausdrücklich die Bekämpfung der rechtlichen Anerkennung der russischen Sowjetregierung und die Stellungnahme für freie Wirtschaftsverträge in der Rigaer Protokoll hervor. "Kurier Poranny" bezeichnet es als einen Erfolg Tschitscherins, daß die Rigaer Konferenz die Richtlinien der polnischen Taktik für Genua vorgezeichnet hat. "Glos" stellt mit Beifügung die Stärke der französischen Position bei den Vorverhandlungen für Genua fest. Bei dem in Genua zu erwartenden Kampf zwischen Frankreich und England muss Polen an der Seite Frankreichs stehen. "Przegląd Węgierski" berichtet, der Regierung nahestehende Kreise seien durch das Rigaer Protokoll, das einen wichtigen politischen Akt vorstelle, überrascht. "Gazeta Warszawska" berichtet: Das Rigaer Protokoll enthält keine bindenden Verpflichtungen, es ist jedoch ein weiterer Schritt zu einem organisierten Zusammenschluß der Staaten von Mittel- und Osteuropa in Genua. "Gloss Narodu" erklärt, die Aufgaben Deutschlands und Sowjet-Russlands in Genua seien angesichts der Solidarität der Kleinen und der wahrscheinlichen Solidarität der Großen Entente gering.

Stets mit seinen Handlungen und seine Abstimmungen stets mit seinen Worten in Einklang gehalten, verlangt der sozialistische Abg. Baronne mit Unterstützung des Abg. Monnet, daß die Zweideutigkeiten, die durch die Verbauplung entstanden seien, Deutschlands Streitkräfte befreien sich auf 250 000 Mann, aufgelöst würden. Griechen erklärte, im Jahre 1921 habe man mitgeteilt, daß neben dem regelmäßigen Heere unter verschiedenen Formationen eine andere militärische Organisation bestehet. Man habe die Auflösung dieser unregelmäßigen Heeresformationen verlangt. - Ministerpräsident Poincaré rief dagegen: Man hat es zugelassen, daß es so blieb. Es gibt keine Diskussion darüber. Wenn das aber abgetreten wird, werde ich den Beweis erbringen. - General de Castelnau: Man hat die Schuppoldizie genehmigt. Griechen widerspricht dem. Die Alliierten hätten selbst ein Ultimatum gestellt, um die Auflösung der militärischen Verbände zu fordern. Der Vertrag lebt nur lokale Formationen vor. - Poincaré: In diesem Punkte sind wir eins. Aber Augenblicke sind gemacht worden, zuerst hinsichtlich der Auflösungsfristen, dann hat man Deutschland eine Vermehrung seiner Polizeitruppen gestattet. Er habe dem Abg. Monnet gezeigt, man müsse mit einer Stärke von 250 000 Mann rechnen. Poincaré verließ darauf Schriftstück aus dem Jahre 1921, aus denen hervorgeht, daß die Schuppoldizie nicht zentralisierte und nicht mobilisierbare 150 000 Mann umfassen dürfte. Über ungünstigerweise bei dieser Mobilisierung außerordentlich leicht. - Schließlich bestätigte der Abg. Oberst Haber, es befänden in Deutschland immer noch 150 000 Mann Schuppoldizie, die als Ergänzung der Reichswehr angesehen werden könnten.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt. Tardieu sagt, die Erklärungen Poincarés hätten nicht an Klärheit gewonnen. Man habe nicht erklärt, warum Frankreich in Washington sechs Wochen von der Eröffnung der Abreise zu Lande ausgeschaltet worden wäre. Frankreich habe in Washington eine beispiellose Behandlung erfahren. - Griechen widerspricht bestätig. Er könne eine derartige Neuerung nicht zulassen.

Nach Beendigung des Ausprache über die auswärtige Politik der Regierung nahm die Kammer mit 484 gegen 78 Stimmen eine Tagesordnung an, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird.

Nollet vor neuen Schritten.

Aus Paris wird gemeldet: In den Kreisen der Interallierten Militärkontrollkommission herrscht seit einer Woche erregte Tätigkeit. Die verschiedenen Colonageabteilungen arbeiten mit siebenhafter Spannung. Sie stehen in enger Verbindung mit dem über das ganze Reich verteilten Unterkommissionen. Die Berliner Zentrale, zusammen mit den Unterkommissionen im Reich, ist in der letzten Zeit wieder erheblich verstärkt worden, und zwar bezeichnenderweise nicht durch englische oder italienische Offiziere, sondern durch Franzosen und Belger. Ein Kampf führt man französischerseits augenblicklich noch um die Aufzählerzeugüberwachungskommission, die bekanntlich dem englischen General Macmillan untersteht, für den man oder lieber einen französischen Chef hätte. Überaupt: diese Engländer sind in der Interallierten Kontrollkommission das rote Tuft für die Franzosen. Die Franzosen trauen ihnen nicht. Besonders bezeichnend ist das Verhältnis zwischen dem General Nollet selbst und dem Führer der Engländer, General Bingham.

Als zum Beispiel General Nollet die Berichterstattung des Deutschen Werke forderte, bezeichnete General Bingham das als einen durch nichts gerechtfertigten Gewaltakt, der lediglich eine schwere Provokation der deutschen Arbeiterschaft ist. Die Antwort des Generals Nollet war bezeichnend für diesen Herrn: Ich bin Franzose, und als solcher vertrete ich die Interessen der Französischen, nicht die der deutschen Arbeiterschaft. Wer sich über jene nicht im klaren ist, der

hebe in die besetzten Gebiete Nordfrankreichs. Deutschland hat zwar das Lütticher Ultimatum durchgeführt und seine Kosten und Munition abgeliefert. Es ist damit aber noch lange nicht entwaffnet. Erst die Verkürzung der deutschen Macht macht Deutschlands Entwicklung zu einer vollständigen.

Das „friedliche“ Frankreich.

In der Röde, die Minister und vorgesetzte im Rathaus in Bordeaux hielten, führte er aus, das friedliche Frankreich sei nur da entschlossen, Gewalt anzuwenden, wo es seine Rechte schützen müsse. Es bedrohte niemanden.

Die Abkommen über die Sachlieferungen genehmigt.

Die Reparationskommission hat geläufig unter gewissen Vorbehalten ihre Zustimmung zu den bekannten drei Abkommen über die deutschen Sachlieferungen gegeben, sowie zu der Wiedereinsetzung der Subsistenzabgaben erstellt. In der dem „Tempo“ entnommenen Nachricht wird nochmals bemerkt, daß der belgische Delegat Bemelman wegen Abänderungen an dem von ihm abgeschlossenen Abkommen nochmals mit der deutschen Regierung in Berlin verhandeln soll.

Amerika hält mit seiner Hilfe zurück.

„Weltmünchner Gazette“ meldet aus Washington: Nach der Rückkehr von einer dreimonatigen Reise in Europa, die Senator Owen zur Prüfung des Planes unternommen hat, eine oder mehrere Zweigstellen der American Federal Reserve Bank auf dem Kontinent aufzurichten, um Kredite zur Wiederherstellung der mitteleuropäischen Industrie und des mitteleuropäischen Handels zu gewähren, erklärte der Senator, der gegenwärtige Augenblick sei nicht geeignet, um diese Versuche zu beginnen. Amerika könne keine Unterstützung leisten, solange die mitteleuropäischen Staaten nicht den übermächtigen Druck von Papiergeld einstellen, ihre Rüstungen herabsetzen und ihre Budgets ins Gleichgewicht bringen. Wenn diese Zeit gekommen sei, dann erst könne Amerika Europa helfen, vorher aber nicht.

Der Berliner Sozialistenkongress.

Nach der „B. S. a. M.“ stellte auf der Konferenz der Vertreter der sozialistischen Internationale, in der Clara Zetkin die geistige Vermittlung eröffnete, der Engländer Macdonald namens der Delegationen der zweiten Internationale den Antrag, mit Rücksicht auf die durch die vorliegende Röde Stadels gezeichnete Lage, die Sitzung auf den Nachmittag zu verschieben, da die Delegationen der zweiten Internationale erst über die neugestraffte Lage beraten müßten. Demgegenüber wurde die Sitzung auf Nachmittag verlängert. Die Hoffnung, daß die Konferenz zu Ende geführt werden könnte, erwies sich äußerst gerings.

Wie der „Vorwärts“ meldet, trat das Exekutivkomitee der 2. Internationale mit der Wiener Arbeitsgemeinschaft gestern vormitig zu einer Sitzung zusammen, um zu der Lage Stellung zu nehmen, die durch die Ausführungen Stadels in der gestrigen Sitzung der sozialistischen Konferenz geschaffen wurde. Die Vertreter der kommunistischen Exekutive liehen einen Brief überreichten, der mitteilt, daß die Vertreter Moskaus eine Forderung der Konferenz nicht mehr verfolgten. Der Brief fragt, ob die 2. Internationale und die Wiener Arbeitsgemeinschaft bereit seien, auf dem Moskauer Kongresse zu erscheinen, oder zu welchen weiteren Maßnahmen sie sonst bereit seien. Es wurde beschlossen, die für nachmittag 3 Uhr anberaumte Vollversammlung auszuschieben und zunächst über den Brief zu beratschlagen.

Wie die „Freiheit“ mitteilt, sollte die nächste Plenarsitzung der internationalen sozialistischen Konferenz heute vormittag stattfinden. Man beurteilt jedoch, wie das Blatt hört, das Schicksal der Konferenz sehr pessimistisch.

Die finanziellen Beziehungen zwischen Moskau und der R. P. D.

Eine sozialdemokratische Korrespondenz verbreitet eine längere Darstellung der finanziellen Beziehungen zwischen der R.P.D. und der Moskauer Exekutive der 2. Internationale. Nach der Darstellung soll die R.P.D. im Jahre 1921 monatlich fünf Millionen Mark aus Moskau als Kredits erhalten haben. Davon seien monatlich 400 000 Mark zur Deckung des Defizits des kommunistischen Zentralorgans der „Roten Fahne“ aufgewandt worden.

Reite Zustände.

In der gestrigen Sitzung des preußischen Landtages führte in Beantwortung großer Aufträge der Unabhängigen und der Deutchnationalen über die Vorgänge in der staatlichen Bildungsanstalt Lichtenfelde der Kultusminister Bölk u. a. aus: Das Verfahren der Schulleitung sei in Hülle, wie in Lichtenfelde, immer dasselbe: Geistes Zugreifen, rücksichtlose Wiederherstellung der Ordnung, im gegebenen Moment möglichste Schonung der Freigegliederten. So könnte es auch hier geben, wenn die Schulleitung die Sache nach rein pädagogischem Gesichtspunkte hätte regeln können. Im kruppelloser Weise wurde aber von außen her in die Anstalt ein Geist getragen, der die Schulautorität in einer Weise untergrub, wie sie in unserer Geschichte unerhört war. Bei den Führern dieser Idee waren außerhalb der Schule liegende parteipolitische Erwägungen bestimmend. Von einer politischen Aktion könne bei dem Vorgehen des Ministeriums keine Rede sein. Es handle sich nur um die Wiederherstellung der Schulautorität. Die leichte Revolte in Lichtenfelde sei nur ein Glied in der langen Kette von unerhörten Verstößen gegen die Schulautorität. Die Schüler hielten sich geradezu für den Mittelpunkt der politischen Welt. In kripellosem Herrschaftsgeist trieben diese jungen Leute eine Anstaltspolitik, die sich über die Mauern der Anstalt hinaus erstreckte.

Zum Tode Kaiser Karls.

Aus Budapest wird gemeldet: Eine Konferenz sämtlicher legitimistischer Parteien hat beschlossen, den erstmals geborenen Sohn König Karls IV. unter dem Namen Otto II. als König von Ungarn zu betiteln, dessen Krönung zur Zeit durch das Major verhindert werde. Zur Vertretung der Rechte und Interessen des minderjährigen Königs sei die Königinwitwe berufen.erner wird gefordert, daß die irischen Rechte des Königs Karl in Ungarn begegnet werden und der Königinwitwe sowie den Kindern der Aufenthalts in Ungarn gestattet werde. — Die Staatsanwaltschaft hat jene Blätter, welche die Proklamation der Legitimisten in der Angelegenheit der Auskunftung Ottos als König von Ungarn veröffentlicht haben, beschlagnahmt und gegen die Verfasser der Proklamation ein Verfahren eingeleitet. — Weder die Stellungnahme der ungarischen Regierung nach dem erfolgten Ableden des früheren Königs Karl wird folgendes verlaubbar: Der Standpunkt der ungarischen Regierung in der Königfrage hat sich infolge des Einschreibens des Königs nicht um Hantebüttel verändert. Die geistige Grundlage, die der Gesetzesartikel 47 vom Jahr 1921 bildet und wodurch der Thronverlust des ganzen Landes

ausgesprochen wird, darf nicht verlassen werden. Außerdem besteht das Verbrechen der Regierung zu Recht, daß sie im Zusammenhang mit der Thronentzugsung den Untergang gemacht hat, nämlich, daß sie vor der positiven Lösung der Königfrage mit den Untergangsmächten in Führung treten werde, die Lösung also nur auf dieser Grundlage denkbar ist.

Nach meldungen der „B. S. a. M.“ aus Potsdam war der Exkaiser Karl bis zum letzten Augenblick bei Bewußtsein. Der Leichnam des Kaisers wird eindämmert und in der Totenkapelle aufgestellt werden, wo die Exkaiserkirche mit ihren Goldämmen Woche halten wird. Der Leichenbegängnis findet am Dienstag auf dem Friedhof Capo Monti statt. Exkaiser Karl hinterließ Wiener Meldungen aufsatz eines Testaments, das an einem politischen Teile, über den strengstes Still schweigen befohlen wird, und einem finanziellen Teile bestehet. Der ganze Privatbesitz wird von der österreichischen Regierung unter Seere gehalten, da sie wegen der Fortschaffung des baden-burgundischen Kronschatzes Gegenforderungen in bedeutender Höhe gehabt hat.

Deutscher Reichstag.

Wib. Berlin, 8. April.

Ein Gesetzentwurf wegen Heraufziehung der Unfallversicherungsbarene für die Arbeiterversicherung der Betriebsbeamten und der See-Unfall-Versicherungen von 40000 auf 75000 Mark wird an den sozialpolitischen Ausschuss überreicht. Sobald wird der Initiativvorschlag auf Rücksichtnahme des Gesetzes über die Ausbildung von Kriegsteilnehmern zum Richteramt nach kurzer Debatte nach den Beschlüssen der zweiten Sitzung angenommen. Es folgt die zweite Sitzung des Reichsministeriums des Innern.

Der Statut des Auswärtigen Amtes wird aufgestellt, da Minister Rothenau am Erstellen verhindert ist.

Minister Dr. Löbner:

Der Statut des Innern schließt mit 2 Milliarden 400 Millionen ab. Davon entfallen auf indirekte oder direkte Kriegsfolgen wie Schuhpolizei, Reichswasserdruck und technische Nothilfe rund 2 Milliarden, sodass rund 400 Millionen für die weiteren Zwecke übrig bleiben. Von dieser Summe sind noch die Ausgaben für die Abteilungen Befreiungsbefreiung, für die Abteilungen Landesamtshilfe, die Kriegsgräberfürsorge, die Rentenversicherung und die Befreiung der Soldatenkinder bis zu 300 Millionen Mark abzuziehen, sodass für Verwaltungs- und Kulturaufgaben nur etwa 120 Millionen Mark übrig bleiben. Sparlast ist nötig, aber angeblich der ganzen Sache nach und uns ist auch von einem besonderen Sparlastministerium nichts zu erwarten. Das Reichsministerium des Innern ist für die Sparlastministerialität die in Frage kommende Instanz. Räumlich die Siedlungsförderung erfordert besondere Ausgaben und es werden nach Jahresbasis vergeben, ehe mit den schweren Kriegsfolgen aus dem deutschen Volkskörper herausgebracht haben. Dazu drohen ständig neue Gefahren durch die Flüchtlingswelle aus dem Osten. Gibt das Volk nicht körperlich wieder hergestellt ist, kann es geistig, moralisch und politisch nicht neumachen. Hierzu gehört in erster Linie die Pflege der Jugend. Schon haben sich solche Jugendliche zusammengetan, um tausende von unstilllichen Werken zu verbrennen. Dieser Geist unserer Jugend muß geprägt werden. Er ist wichtiger für uns, als neue Gelehrtenparaphrasen. Dazu muß auch die Sorge für den geistigen Arbeitern mehr vertieft werden. Der deutsche Journalist droht von Jahr zu Jahr immer mehr in Abhängigkeit vom Kapital zu kommen. Wie müssen erwarten, ob wir nicht diesen deutschen Journalisten gefährlich helfen können. Dabei will ich zugleich der augenblicklichen Notlage der deutschen Presse gedenken. Das ist nicht nur eine wirtschaftliche Frage, sondern eine Frage, welche den Ausbau des geistigen und politischen Deutschlands tief beeinträchtigt. Ein weiterer Zusammenbruch und Ausfall von Dutzenden kleiner Zeitungen hätte nicht nur schwere wirtschaftliche Folgen, sondern würde auch für unser gesamtes politisches Leben, sowie für den Aufbau unseres politischen Gemeinwohls von der größten Tragweite sein. Die breiten Schichten unseres Volkes sind schon durch kaiserlichen Erlass einerseits zur Militärarbeit am öffentlichen Leben aufgerufen worden. Wenn die Rechte daher das parlamentarische Deutschland bekämpft, so bekämpft sie etwas, was schon unter der kaiserlichen Regierung befürchtete Sache war. Wir werden jedenfalls den Volksstaatbegriff verteidigen gegen rechts und links. Wie werden keine Gefinnungsmittel treiben und nicht kleinlich sein, aber wir werden verlangen, daß der Beamte fest auf diesem Boden steht. Obne Symbole ist kein Staat möglich. Möge auch die Rechte diesbezüglich vor diesen Symbolen haben, führen Sie eventuell den Kampf, aber in einer Form, die den Blick auf das Ausland nicht verliert. Tief bedauerlich ist es, wenn Auslandsdeutsche lieber Amerikaner werden wollen, als die neuen deutschen Farben anerkennen. Auch wie wollen ein neues deutsches Nationalbewußtsein aufzubauen lassen. Erfüllen wir den staatsrechtlichen Begriff des Reiches mit sozialem Verantwortungsbewußtsein, mit republikanischem Staatsbewußtsein und mit jenem demokratischen Nationalbewußtsein, dann werden wir das werden, was wir sein müssen. Nach außen eine Nation, nach innen ein Volk. (Beifall bei den Soz.) Abg. Dr. Schreiber (Beute): Der Minister würde seine Stellung erleichtern, wenn er sich bei seinen Gedanken über staatsrechtliche Fragen insbesondere seiner Beamten gegenüber größere Reserven aufladen würde. Redner erkennt an, daß trotz der Ausdehnung des Umfangs des Innensenministeriums der Staat trotzdem eine bemerkenswerte Sparlast aufweist. Die Tätigkeit der Abteilung für Siedlung Eliaz-Lottringer Flüchtlinge sei besonders dankenswert gewesen, und es sei nur zu wünschen, daß die Kinder und Gemeinden vom gleichen Geist erfüllt würden. Die Frage des besetzten Gebiets ist eine gesamtdeutsche Angelegenheit, und muß auch in Gesetz und Verwaltung so behandelt werden. Die technische Nothilfe ist kein Ideal, sondern Notgutstand. Wie wissen ihr aufrechten Dank und können hier keine Abrede dulden. Ebenso begreifen wir die Maßnahmen zur Seuchenbekämpfung, wie auch die Bekämpfung auf dem Gebiete der Jugendarbeit. Auf die Filmzensur können wir nicht verzichten. Wie werden mit Ernst an eine Revision des Kinospielgesetzes herantreten.

Abg. Dr. Wilmann (Dnat): Wir wollen volle Freiheit der Meinung, auch der monarchischen (Kern links). Wie steht es mit dem Beamtenrecht? Der Masseneinwanderung landstreiter Elemente muß vorgebeugt werden, dagegen dürfen die Wolga- und Ukrainebedeutenden nicht an der Heimat gebündert werden. Zur Bekämpfung von Schmutz und Schund in Wort und Schrift ist bisher nichts getrieben. Die Auswüchse des Kinoweltens treten zum Himmel. Auf den Straßen Berlins steht die Polizei dem Kreiden der Drogen und Substanzen tapfer zu. In Seiten, wo die Gangster uns das Messer an die Kehle legen, geht in Berlin ein tragisches Stück nach dem anderen über die Bühne, eines komischer als das andere. Wo werden Werke von Schiller und Kleist noch aufgeführt? (Burkhardt links: auf den Arbeitervölkern!) Ich kann diese Ausnahmen. Der Reichskunstwart sollte sich der elenden deutscher Künstler annehmen, die nach Neuruppiner Bilderdingen aussiehen. Da hätte er genug zu tun. Weshalb wird nicht gegen die Spießer- und Peppolofas vorgegangen? (Burkhardt links: Überall sind sie zu sehen, das kann man nicht verhindern.)

Erst wenn Schmutz und Schund sich nicht auf das Spiel bezieht, sondern sich gegen alles wendet, was die Seele verleiht. (Schall rechts).

8. Sitzung des Rentenrates.

8. Sitzung des Rentenrates.